

Theo Jung

Die Stimme des Volkes und sein Schweigen

1848/49 als Kommunikationsrevolution zwischen Erwartung und Erfahrung

In einem Forschungsüberblick zum »Revolutionszeitalter« hat die britisch-amerikanische Historikerin Sarah Knott den Ausgangspunkt der neueren Forschung darin gesehen, dass sie Revolutionen primär als »deklaratives« Phänomen betrachte: »appeals, addresses, declarations, constitutions, pamphlets, essays, *Thoughts*, *Reflections*. Since the end of the eighteenth century, this is what makes revolution into revolution«.¹ Das ist offensiv formuliert. Wie auch der vorliegende Band wieder zeigt, lassen sich die vielfältigen Ansätze der aktuellen Revolutionsforschung nur bedingt auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Und doch steht außer Frage, dass Knott einen wesentlichen Schwerpunkt der neueren Debatten erfasst. Während die ältere Forschung ihren Gegenstand vorwiegend als Effekt sozioökonomischer Gegensätze konzipiert hatte², sind Revolutionen in jüngerer Zeit verstärkt als Kommunikationsereignisse aufgefasst worden. Ausgangspunkt dieser Betrachtungsweise ist die Annahme, dass die gegebenen sozialen, ökonomischen und politischen Konstellationsbedingungen *nicht* quasiautomatisch zum Umbruch führten, sondern dass die Krise erst durch das kommunikative Handeln zeitgenössischer Akteure zur Revolution wurde.

Auch die deutsche Revolution von 1848/49 ist wiederholt als Kommunikationsrevolution beschrieben worden.³ Doch war und ist damit nicht immer dasselbe gemeint. Zum einen wurde der Begriff auf die Bedeutung infrastruktureller Entwicklungen bezogen, auf die Rolle der Presse, der Klubs und Vereine, sowie insbesondere der neuen Eisenbahn- und Telegrafverbindungen. Anknüpfend an eine Formulierung Knut Borchardts, der das 19. Jahrhundert generell als »Jahrhundert der Kommunikationsrevolution«⁴ bezeichnet hatte, griff etwa Wolfram Siemann den Begriff in diesem Sinne auf, um Aufmerksamkeit

- 1 Sarah Knott, Narrating the Age of Revolution, in: *The William and Mary Quarterly* 73, 2016, S. 3–36, hier: S. 3. Besonders gilt das für die Forschung zur Französischen Revolution. Vgl. exemplarisch Hans Maier/Eberhard Schmitt (Hrsg.), *Wie eine Revolution entsteht. Die Französische Revolution als Kommunikationsereignis*, Paderborn/München etc. 1988.
- 2 Vgl. klassisch etwa Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 2006 (zuerst 1968), S. 264–343; Theda Skocpol, *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China*, Cambridge/New York etc. 1979; Jack A. Goldstone, *Revolution and Rebellion in the Early Modern World*, Berkeley 1993; Charles Tilly, *European Revolutions, 1492–1992*, Oxford 1993.
- 3 Vgl. Dieter Hein, *Die Revolution von 1848/49*, München 1998, S. 57; Thomas Mergel/Christian Jansen, Von »der Revolution« zu »den Revolutionen«. Probleme der Interpretation von 1848/49, in: *dies.* (Hrsg.), *Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung*, Göttingen 1998, S. 7–13, hier: S. 11; Frank Lorenz Müller, *Die Revolution von 1848/49*, Darmstadt 2002, S. 70f., sowie kritisch Peter Stein, Strukturwandel oder Kommunikationsrevolution? Literarisch-publizistische Öffentlichkeit im Umbruch der Revolution von 1848/49 – ein Problemaufriß, in: *Internationales Jahrbuch der Bettina-von-Arnim-Gesellschaft* 11/12, 1999/2000, S. 25–53, hier: S. 37–45.
- 4 Knut Borchardt, *Die industrielle Revolution in Deutschland*, München 1972, S. 98f. Vgl. auch Michael North (Hrsg.), *Kommunikationsrevolutionen. Die neuen Medien des 16. und 19. Jahrhunderts*, Köln/Weimar etc. 1995; Timothy C. W. Blanning, Introduction: The End of the Old Regime, in: *dies.* (Hrsg.), *The Nineteenth Century: Europe 1789–1914*, Oxford/New York etc. 2000, S. 1–9, hier: S. 1.

auf die organisatorischen und technischen Infrastrukturentwicklungen zu lenken, die die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 ermöglicht und geprägt hatten.⁵

Eng mit diesen Aspekten verknüpft, aber doch anders konturiert trat der Begriff einer Kommunikationsrevolution in Bezug auf den Wandel des politischen Sprachgebrauchs in Erscheinung. Aus Sicht der Historischen Semantik rückten die Leitbegriffe und -metaphern der Revolutionssprache in den Fokus, als Ausdruck der Vorstellungswelt der Revolutionäre, aber auch als handlungsleitende Diskurse, die dem revolutionären Prozess Richtung gaben.⁶ Hinzu kam die Frage nach der Bedeutung revolutionärer Sprechakte. In einem richtungsweisenden Aufsatz hat Willibald Steinmetz die zeitgenössische Beobachtung, dass Sprechen 1848 selbst »eine Tat«⁷ geworden sei, zum Anlass einer Untersuchung der revolutionären Sprachpraxis genommen. Er konnte zeigen, dass die maßgeblichen Innovationen der politischen Sprache in diesem Zeitraum weniger auf der Ebene der Semantik, sondern vielmehr im Gebrauch, der von überlieferten sprachlichen Mustern gemacht wurde, verortet waren.

»[D]ie gewandelten Bedingungen und Kommunikationsstrukturen verliehen den Wörtern eine neue potentielle Macht, und die Handelnden lernten schnell, wie sich damit Politik betreiben ließ. Im Zusammenspiel zwischen taktischen Sprachhandlungen und nicht kontrollierbaren Umständen kam es zur Verdrängung alter und zur Entstehung neuer ›Sprachen‹. Das geschah weitgehend hinter dem Rücken der Zeitgenossen und keineswegs schlagartig. Die Revolution war hier nur der Geburtshelfer des Neuen, zum Bewußtsein gelangte es erst später. Unmittelbar fühlbar für alle Beteiligten war hingegen die Erfahrung, daß man mit Wörtern handeln, aber auch Opfer seiner eigenen Worte werden konnte. In diesem Sinne war die Revolution von 1848 auch eine Revolution der politischen Sprache.«⁸

Unter diesem kommunikationsgeschichtlichen Gesichtspunkt ist in neueren Studien das Wechselverhältnis der sprachlichen Praktiken revolutionärer Akteure mit den an sie gekoppelten Erwartungen vermehrt in den Fokus gerückt worden. Der französische Literatur-

5 Wolfram Siemann, Kommunikation und Revolution, in: *Christoph Dipper/Ulrich Speck* (Hrsg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main/Leipzig 1998; *ders.*, 1848/49 in Deutschland und Europa. Ereignis – Bewältigung – Erinnerung, Paderborn/München etc. 2006, S. 115–129. Vgl. mit Blick auf die Entstehung eines europäischen Kommunikationsraums auch: *Dieter Langewiesche*, Kommunikationsraum Europa. Revolution und Gegenrevolution, in: *ders.* (Hrsg.), Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen, Karlsruhe 1998, S. 11–35.

6 Vgl. zu Deutschland *Horst Grünert*, Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der »Paulskirche«, Berlin/New York 1974; *Ernst Wolfgang Becker*, Zeit der Revolution! – Revolution der Zeit? Zeiterfahrungen in Deutschland in der Ära der Revolutionen 1789–1848/49, Göttingen 1999, S. 253–351; *Claudia Fraas*, Karrieren geschichtlicher Grundbegriffe. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, in: *Gudrun Loster-Schneider* (Hrsg.), Revolution 1848/49. Ereignis – Rekonstruktion – Diskurs, St. Ingbert 1999, S. 13–40; *Tobias Weidner*, Die unpolitische Profession. Deutsche Mediziner im langen 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 2012, S. 98–157; *Franziska Rehlinghaus*, Die Semantik des Schicksals. Zur Relevanz des Unverfügbaren zwischen Aufklärung und Erstem Weltkrieg, Göttingen 2015, S. 256–297; *Horst Dieter Schlosser*, Die Macht der Worte. Ideologien und Sprache im 19. Jahrhundert, Köln/Weimar etc. 2016, S. 139–174. Das Forschungsfeld erstreckt sich aber auch auf andere Nationen. Vgl. exemplarisch zu Frankreich *Jacqueline Lalouette*, Les Mots de 1848, Toulouse 2008, sowie zu Dänemark *Anne Engelst Nørgaard*, A Battle for Democracy. The Concept of Democracy in the Constitutional Struggle, Denmark 1848–1849, in: AfS 58, 2018, S. 69–84.

7 Das Zitat, auf das weiter unten noch genauer einzugehen sein wird, stammt aus: Wilhelm Arendt an Johann Gustav Droysen, Brief vom 13.7.1848, zit. nach: *Johann Gustav Droysen*, Briefwechsel, hrsg. v. *Rudolf Hübner*, Bd. 1, Stuttgart 1929, S. 448.

8 Willibald Steinmetz, »Sprechen ist eine Tat bei euch.« Die Wörter und das Handeln in der Revolution von 1848, in: *Dieter Dowel/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche* (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1089–1138, hier: S. 1137f.

wissenschaftler Alain Vaillant etwa hat 1848/49 in diesem Sinne als eine »explosion de parole«⁹ bezeichnet, bei der das revolutionäre Wort immer auch die praktische Bekräftigung des Anspruchs auf politische Mitsprache dargestellt habe. Und in einem neueren Überblicksartikel hat die Wiener Linguistin Juliane Schröter den »ausgeprägten Glauben an die politische Kraft der Sprache«¹⁰ als sprachbewusstseinsgeschichtliches Spezifikum dieser Revolution hervorgehoben. Im Folgenden möchte ich an diese Perspektive anschließen, dabei aber einen Zugang wählen, der in gewisser Weise quer zum üblichen Ausgangspunkt dieser Studien steht. Mit einem Fokus auf der Frankfurter Nationalversammlung werde ich die Aufmerksamkeit von den Sprechakten der Revolution einmal auf ihr Gegenteil, auf das revolutionäre Schweigen lenken. Diese absichtlich kontraintuitive Schwerpunktverschiebung wirkt dabei als methodisches Verfremdungsmanöver, das es erlaubt, bisherige Forschungsergebnisse zu ergänzen und neu zu akzentuieren.

Zunächst kann auf diesem Weg gezeigt werden, wie im Kontext der Revolution nicht nur das Reden, sondern auch das Schweigen zu einer politischen Tat wurde. Als Unterlassungspraxis konnte die Entscheidung, die sich ergebenden Chancen auf Artikulation in den neu gestalteten Arenen nicht zu nutzen, zuweilen selbst ein ausdrucksvolles politisches Signal darstellen.¹¹ Und selbst wenn keine solche Absicht vorlag, konnte die unterlassene Artikulation vom jeweiligen Umfeld dennoch stets als politisch signifikatives Schweigen aufgefasst werden, insofern mit den erweiterten kommunikativen Handlungsspielräumen immer auch gestiegene Teilnahmeerwartungen einhergingen. Aus diesem Grund bietet der gewählte Zugang gleichzeitig auch eine Möglichkeit, die praktische Bedeutung des verschobenen Spannungsfelds zwischen Partizipationschancen und -erwartungen genauer zu erfassen. Die Fokussierung auf die formale Differenz von Reden und Schweigen erlaubt es dabei, für einen Teilbereich der Revolution (die Plenardebatte der Nationalversammlung) das kommunikative Handeln ausnahmsweise nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ zu untersuchen. Frühere Analysen zu den französischen Parlamenten seit der Revolutionszeit haben gezeigt, welche analytischen Chancen eine solche Herangehensweise bietet und stellen gleichzeitig eine fruchtbare Vergleichsfolie für die an dieser Stelle ermittelten Ergebnisse dar.¹²

Im Ergebnis öffnet der Blick auf das Schweigen eine neue Perspektive auf die kommunikative Praxis der Revolution. Indem einmal radikal vom inhaltlichen Aspekt der Interaktion abgesehen wird, treten andere Dimensionen stärker hervor. Das gilt etwa für performative Momente, die zum großen Teil auf der nonverbalen Ebene angesiedelt sind. Insbesondere aber gerät die inhärente Spannung zwischen den Erwartungen an politisches Handeln und der kommunikativen Praxis politischer Akteure auf neue Art und Weise in den Blick; denn die Differenz von Reden und Schweigen war nicht nur eine sprachpraktische,

9 Alain Vaillant, *Révolutions politiques et extinctions de voix*, in: *Hélène Millot/Corinne Saminadayar-Perrin* (Hrsg.), 1848, une révolution du discours, Saint-Étienne 2001, S. 13–26, hier: S. 14.

10 Juliane Schröter, 1848, in: *Thomas Niehr/Jörg Kilian/Martin Wengeler* (Hrsg.), *Handbuch Sprache und Politik*, Bd. 1, Bremen 2017, S. 915–935, hier: S. 915.

11 Vgl. dazu die Beiträge in *Theo Jung* (Hrsg.), *Zwischen Handeln und Nichthandeln. Unterlassungspraktiken in der europäischen Moderne*, Frankfurt am Main 2019.

12 Harriet B. Applewhite, *Political Alignment in the French National Assembly, 1789–1791*, Baton Rouge 1993, S. 145–163; Edna Hindie Lemay/Alison Patrick, *Revolutionaries at Work. The Constituent Assembly of 1789–1791*, Oxford 1996, S. 5–7; Edna Hindie Lemay, *Aurait-on pu se passer des non-intervenants à l'Assemblée Constituante (1789–1791)?*, in: *Daniel Minary* (Hrsg.), *Émancipation, réforme, révolution*, Paris 2000, S. 179–187; *dies.*, *Les législatures de la France révolutionnaire (1791–1792)*, in: *Annales historiques de la Révolution française*, 2007, Nr. 347, S. 3–28; Louis Girard/William Serman/Édouard Cadet u. a., *Le Chambre des Députés en 1837–1839. Composition, activité, vocabulaire*, Paris 1976, S. 73–75, 138–141 und 156f.

sondern immer auch eine metadiskursive Alternative, die normativ aufgeladen und als solche 1848/49 *selbst* zum Politikum wurde.

Auf der Grundlage von parlamentarischen Protokollen, Egodokumenten, Presseberichten und Karikaturen verknüpft der Beitrag somit drei zentrale Erkenntnisinteressen, die auf aufsteigenden analytischen Ebenen angesiedelt sind. Erstens zielt die Darstellung auf eine genauere Erfassung der kommunikativen Praxis des paradigmatischen »Redeparlaments« in der Paulskirche. Zweitens setzt sie sich zum Ziel, das Verständnis der deutschen Revolution von 1848/49 als Kommunikationsrevolution neu zu konturieren. Und schließlich möchte der Aufsatz auf diesem Weg dazu beitragen, das spezifische Profil dieser Revolution schärfer zu fassen.

Der Beitrag ist in fünf Abschnitte gegliedert. Ein kurzer Blick auf die vorrevolutionäre Konstellation hebt zunächst die Entstehung bestimmter Erwartungshaltungen hervor, die insbesondere in der Anfangsphase der Revolution eine dynamisierende Wirkung entfalten. Die nächsten beiden Abschnitte sind der Analyse der kommunikativen Praxis der Nationalversammlung gewidmet, wobei eine statistische Auswertung der Protokolle mit punktuellen qualitativen Tiefenbohrungen verschränkt wird. In den letzten beiden Abschnitten wird anhand von zwei Erfahrungsbrüchen die diachrone Entwicklung der sprachlichen Praxis im Verlauf der Revolution erörtert. Die sich daraus ergebende Neuvermessung des Verständnisses der Revolution von 1848/49 als Kommunikationsrevolution schließt den Beitrag ab.

I. VORMÄRZ, MÄRZ UND DANACH: EINE REVOLUTION DER ERWARTUNGEN

Während die Amerikanische Revolution im deutschen Raum vor allem als britisch-imperiales Problem rezipiert worden war, entwickelte die Französische Revolution von 1789 eine paradigmatische Strahlkraft.¹³ Ihre unmittelbare Wirkung auf die deutschen Territorien war zunächst vor allem von den Koalitionskriegen und den napoleonischen Eroberungszügen geprägt. Doch nach dem Rückzug der französischen Truppen blieb langfristig ein verschobener politischer Möglichkeitsraum zurück, der zur Grundlage für neue Forderungen und Erwartungen wurde. Der (oft idealisierte) Blick auf den französischen Nachbarn wirkte katalysierend auf bestehende Reformbestrebungen, deren Anspruch auf Legitimität und praktische Realisierbarkeit durch den Hinweis auf ihre Verwirklichung jenseits des Rheins neue Dynamik gewann.

Dabei wiesen die Konstellationen in den einzelnen Territorien enorme Differenzen auf. Wo – oft ausdrücklich um »Revolutionswirren« zu vermeiden – Verfassungen verabschiedet und Landtage eingerichtet wurden, wie etwa 1818/19 in Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Bayern und 1831/32 in Sachsen und Braunschweig, konnten Eliten die moderne politische Ordnung französischer Prägung auch in der Praxis einüben. Doch auch in den Ländern, in denen die bestehende Herrschaftsordnung scheinbar unangetastet blieb – allen voran in den beiden deutschen Großstaaten –, büßte sie ihre selbstverständliche Geltung ein. Vor dem Hintergrund der zumindest denkbaren Alternativen erschien sie nunmehr als »bedrohte Ordnung«¹⁴, als kontingentes Ergebnis eines Kampfs zwischen verschiedenen Legitimitäts- und Machtansprüchen.

13 Vgl. zur Einführung Horst Dippel, *The Influence of the American Revolution in Germany*, in: Jack P. Greene/J. R. Pole (Hrsg.), *A Companion to the American Revolution*, Oxford 2000, S. 550–553.

14 So die grundlegende Formulierung des Tübinger Sonderforschungsbereichs 923. Vgl. Ewald Frie/Boris Nieswand/Andreas Ziemann u. a., Forum: »Bedrohte Ordnungen« als Thema der Kulturwissenschaften, in: JMEH 15, 2017, S. 5–35.

Dass Herrschaft nicht länger primär als Ausdruck einer zeitlosen kosmischen Ordnung, sondern als Ergebnis eines kommunikativen Prozesses betrachtet wurde, zeigte sich nicht zuletzt an der neuen Bedeutung einer Semantik der Stimme im politischen Diskurs.¹⁵ Seit sich die *vox populi* im Kontext der Französischen Revolution als politische Schlüsselmetapher etabliert hatte, prägte sie in den darauffolgenden Jahrzehnten in ganz Europa den öffentlichen Diskurs über Politik.¹⁶ Die zukunftssträchtige Politikform wurde als eine Sache der Artikulation begriffen – der Rede, der Debatte, der Mitsprache und der Öffentlichkeit. Die romanischen Sprachen übernahmen aus dem Latein die Kopplung von *vox* und *votum*, sodass beide Begriffe stets eng miteinander verknüpft auftraten und in vielen Zusammenhängen synonym verwendet wurden. Analog dazu etablierte sich in der germanischen Sprachfamilie im Begriff der Stimme eine Polysemie heraus, nach der er – in den Worten Johann Christoph Adelungs – zum einen den »lautbar oder hörbar gemachte[n] Athem«, zum anderen aber auch das »Recht, in der Berathschlagung mehrerer, seine Stimme zu geben, d. i. seine Meinung, sein Urtheil zu sagen« bezeichnete.¹⁷

Die Kopplung der beiden Ebenen lag an der Basis eines neuen, modernen Politikverständnisses, das uns bis heute begleitet und infolge dessen wir gewohnt sind, politische Macht maßgeblich mit dem Recht und der Pflicht, *sich zu Wort zu melden*, zu identifizieren. Unter diesem veränderten Gesichtspunkt erhielt nun auch das politische Schweigen neue Züge. Wo die Stimme zum politischen Leitwert wurde, erschien die geschichtliche Entwicklungsrichtung in doppeltem Sinne als Kampf gegen das Schweigen: gegen das auferlegte Schweigen der Machtlosen im Namen ihrer politischen Mündigkeit sowie gegen das hoheitsvolle Arkanum der Mächtigen zugunsten von Transparenz und Verantwortung. In dem Maße, in dem Politik unter dem Aspekt eines Wörterkampfes betrachtet wurde, gestaltete sich das Schweigen umgekehrt als das Nicht-Politische, dessen fortschreitende Beseitigung den Raum moderner Politik in eigentlichem Sinne erst öffnete.

Allerdings blieb die Politik des Wortes unter den gegebenen Umständen im deutschen Raum zunächst vor allem eine Sehnsuchtskategorie. Die Ausrichtung auf die politische Partizipation als das Wortergreifen der *vox populi* weckte Erwartungen, die durch die Realität der politischen Verhältnisse keineswegs gedeckt wurden. Dasselbe galt für den Anspruch auf Öffentlichkeit und Rechenschaft der Machthaber, der auf die Resilienz überlieferter Strukturen der Zensur und des *arcanum imperii* stieß.¹⁸ Doch setzte die Differenz zwischen gestiegenen Ansprüchen und starren Wirklichkeiten die Regime unter ständigen Reformdruck, der durch den vergleichenden Blick auf andere, »weiter entwickelte« Länder noch verstärkt wurde.

15 Leider fehlt eine Begriffsgeschichte dieses soziopolitischen Grundbegriffs. Erste Ansätze, an die eine vertiefende Erörterung anschließen könnte, finden sich in *Donatella Di Cesare*, Art. Stimme, in: *Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel* (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Basel 1971–2007, Bd. 10, Sp. 159–170; *Gerda Haßler/Cordula Neis*, *Lexikon sprachtheoretischer Grundbegriffe des 17. und 18. Jahrhunderts*, Bd. 2, Berlin/New York 2009, S. 1493–1517; *Arlette Farge*, *Essai pour une histoire des voix au dix-huitième siècle*, Montrouge 2009.

16 Zum ideengeschichtlichen Hintergrund vgl. *George Boas*, *Vox Populi. Essays in the History of an Idea*, Baltimore 1969; *Michel Poizat*, *Vox populi, vox Dei. Voix et pouvoir*, Paris 2001.

17 *Johann Christoph Adelung*, Art. Die Stimme, in: *ders.* (Hrsg.), *Grammatisch-kritisches Wörterbuch*, 2., verm. u. verbess. Aufl., Wien 1811, Bd. 4, S. 381f.

18 *Lucian Hölscher*, Art. Öffentlichkeit, in: *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 413–467; *ders.*, *Öffentlichkeit und Geheimnis. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit*, Stuttgart 1979, S. 124–135 und passim.

Das Gefühl, dass die natürliche Entwicklung des Zeitgeists im deutschen Raum durch einen unzeitgemäßen Reformstau gehemmt werde, gehörte Anfang 1848 zu den entscheidenden Katalysatoren der Revolution.¹⁹ Gerade auch sprachlich war das deutsche Volk in den Augen vieler Zeitgenossen einfach noch nicht auf der Höhe der Zeit. Als die preußisch-jüdische Schriftstellerin und Salonnière Fanny Lewald in Paris den Ausbruch der Februarrevolution miterlebte, hob sie zur Erklärung den Umstand hervor, dass in der französischen Bevölkerung seit 1789 eine »geistige Volksbewaffnung durch die Sprache« stattgefunden habe. »So weit ist es aber bei uns noch lange nicht.«²⁰ Auch der jungdeutsche Publizist Theodor Mundt hatte 1847 seine Schrift »Die Staatsberedsamkeit der neueren Völker. Nach der Entwicklung ihrer Staatsformen dargestellt« unter der Prämisse angefangen, dass der politische Zustand der deutschen Länder dem Sinn der geschichtlichen Entwicklung hinterherhinke. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Ansicht, dass das Wort das Grundelement jeder politischen Ordnung sei. Dies gelte sogar für die Despotie, auch wenn sich diese Staatsform als bloße »Regierung des Machtworts« gestalte. Doch selbst in diesem unzulänglichen Zustand liege letztlich immer die natürliche Tendenz beschlossen, die schließlich zur politischen Weiterentwicklung führen müsse.²¹

»Bei dem dialektischen Wesen des Wortes und aller Wortregierungen schlägt das bloß äußere Wort, das Machtwort, welches die Gestaltung des Staates an sich fesseln wollte, bald in das innere Wort um, [...] [das] als das Wort des Selbstbewußtseins zugleich die That der freien Selbsthervorbringung, der Selbstbestimmung des eigenen Daseins, ist.«²²

Erst im Verfassungsstaat erreiche der Staat sodann den Zustand einer organischen Einheit.

»Der Staat ist ein lebendiges Individuum geworden, welches *spricht*, und dies *Sprechen (parler)*, wovon das *Parlament* als die zentrale Lebensform des Verfassungs-Staats grammatisch wie politisch seine Ableitung zu entnehmen hat, ist jetzt die wahrhaft organische Verknüpfung und Bindekraft des staatlichen Daseins.«²³

So war das Buch ursprünglich als eine ziemlich unverhohlene Kritik an den politischen Verhältnissen in den deutschen Ländern verfasst worden. Als es jedoch im Mai 1848 erschien, war es – wie Mundt im Vorwort zugab – in wesentlichen Punkten von den Ereignissen überholt worden. In der Anfangsphase der Revolution wurde der im Vormärz etablierte Diskurs der politischen Stimme in vielen Bereichen handlungsleitend. In den Märzforderungen kam die starke Orientierung an den kommunikativen Dimensionen des Politischen deutlich zum Ausdruck, indem der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie der Einrichtung eines nationalen Parlaments eine zentrale Stellung eingeräumt wurde. Und was als Forderung erhoben wurde, galt gleichzeitig auch als Selbstverpflichtung der eigenen kommunikativen Praxis. In einem Aufruf an die neu einberufenen Kasseler Landstände hieß es selbstbewusst:

»Die Zeit des Flüsterns und Säumens ist vorüber, es ist die Zeit wo man Parolen tauscht! Fest, wie es Männern geziemt, wollen wir unsere Wünsche vor die Versammlung der Stände oder den Thron unseres Fürsten bringen. In der Zeit der politischen oder religiösen Slaverei haben wir *gewinselt*, wir haben auch wie ein durstendes Thier nach unserem Rechte *geschrien*, jetzt wird das entschiedene Wort genügen. / Unser Fürst *will* uns groß, er *will* uns frei, zeigen wir, daß wir unter den Schandthaten

19 Vgl. Becker, *Zeit der Revolution!*, S. 259–289.

20 Fanny Lewald, *Erinnerungen aus dem Jahre 1848*, Braunschweig 1850, Bd. 1, S. 98f. (Eintrag vom 14.3.1848).

21 Theodor Mundt, *Die Staatsberedsamkeit der neueren Völker. Nach der Entwicklung ihrer Staatsformen dargestellt*, Berlin 1848, S. 4.

22 Ebd., S. 5.

23 Ebd., S. 6.

einer volksverachtenden Minister-Politik der Freiheit nicht unwürdig geworden sind. Der Fürst will hören, Niemand darf *schweigen*.«²⁴

Im revolutionären Repertoire spielten neue Formen und Foren der politischen Artikulation eine Schlüsselrolle. Gerade die Frühphase war von der Gründung zahlloser Klubs, Presseorgane, Debattenvereine und politischer Versammlungen geprägt.²⁵ So erschien die Revolution von 1848 zeitgenössisch nicht nur als politischer Machtwechsel oder sozialer Umsturz, sondern maßgeblich als das längst überfällige Zur-Sprache-Kommen der Stimme des Volkes.

II. DIE FRANKFURTER NATIONALVERSAMMLUNG: EIN REDEPARLAMENT UND SEINE SCHWEIGENDE MEHRHEIT

Orientiert an dieser Leitsemantik konzentrierte sich die zeitgenössische Beobachtung ganz besonders auf die neu gegründete Nationalversammlung als paradigmatischen Ort der befreiten politischen Rede. Auch in der Forschung gilt das Parlament in der Frankfurter Paulskirche bis heute als typisches Beispiel eines Rede- beziehungsweise Diskussionsparlaments. Aus Sicht des Marburger Germanisten Armin Burkhardt etwa habe sich die Nationalversammlung in zwei wesentlichen Aspekten grundsätzlich von späteren Parlamenten unterschieden. Zum einen sei die Plenardebatte in Frankfurt am Main noch nicht hinter die Bedeutung der Ausschuss- und Parteiberatungen zurückgetreten, sondern habe vielmehr den entscheidenden kommunikativen Lokus dieser Institution dargestellt. Zum anderen sei auch der Charakter der Debatten selbst ein anderer gewesen, da diese nicht auf die öffentliche Darstellung von Parteipositionen ausgerichtet gewesen seien, sondern tatsächlich eine ergebnisoffene Diskussion dargestellt hätten, in der »unterschiedliche Meinungen mit dem Ziel wechselseitigen Überzeugens zwischen nicht oder nur lose parteigebundenen Abgeordneten unter Einsatz rhetorischer Mittel tendenziell so lange in ihrem Für und Wider frei ausdiskutiert [wurden], bis eine – im Idealfall konsensfähige – Mehrheitsentscheidung getroffen werden [konnte]«. Allerdings habe dieser reine Diskussionscharakter auch Nachteile mit sich geführt, »in der Langatmigkeit der Entscheidungsfindung und der Unzuverlässigkeit wechselnder Mehrheiten«.²⁶

Es steht außer Zweifel, dass die Nationalversammlung in vieler Hinsicht Merkmale eines fast idealtypischen Redeparlaments aufwies. Der zentrale Stellenwert, der der Debatte von den Abgeordneten selbst beigemessen wurde, kam in ihren Regularien klar zum Ausdruck. Nach dem Chaos der ersten Sitzungen wurde am 29. Mai 1848 eine Geschäftsordnung verabschiedet, die dem einzelnen Abgeordneten ein sehr hohes Maß an Redefreiheit

24 Heinrich Friedrich Heise, Den Feinden des Halben!, Kassel 10.3.1848, Stadtarchiv Kassel, S10, Nr. 77. Ähnlich auch das Flugblatt: Ludwig Eduard Steiger, Am 15. März 1848, [Wien 1848], Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Sammlung Flugschriften 1848, Sf 16/109, Mapp. 32.

25 Vgl. Wolfram Siemann, Versammlungsdemokratie 1848, in: Dowe/Haupt/Langewiesche, Europa 1848, S. 1007–1019; Geerten Waling, Organizing in a Moment of Madness. Political Meetings and Clubs in 1848, in: Henk te Velde/Maartje Janse (Hrsg.), Organizing Democracy. Reflections on the Rise of Political Organizations in the Nineteenth Century, Cham 2017, S. 105–126.

26 Armin Burkhardt, Plenardebatten, in: Thomas Niehr/Jörg Kilian/Martin Wengeler (Hrsg.), Handbuch Sprache und Politik, Bd. 2, Bremen 2017, S. 508–531, hier: S. 510f. Vgl. auch schon ders., »Geredet, geträumt, gezögert, gezankt«. Zur politischen Kommunikation in der Paulskirche, in: ders./Kornelia Pape (Hrsg.), Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, S. 68–100, hier: S. 71–73 und 94f.; ders., German Parliamentary Discourse since 1848 from a Linguistic Point of View, in: Pasi Ihalainen/Cornelia Ilie/Kari Palonen (Hrsg.), Parliament and Parliamentarism. A Comparative History of a European Concept, New York/Oxford 2016, S. 176–191, hier: S. 177.

einräumte.²⁷ Zwar war der Debattenschluss durch eine einfache Abstimmung möglich, doch das Recht, individuelle Anträge zu stellen, blieb ebenso wie die Redezeit unbeschränkt.²⁸ In einzelnen Sitzungen wurden nicht selten mehr als 30 Anträge gestellt und mündlich begründet, bevor die Versammlung zur Tagesordnung übergehen konnte.²⁹ Und auch in der Hauptdebatte hielten sich die Abgeordneten keinesfalls zurück. Die von Franz Wigard besorgte Ausgabe der Protokolle der schließlich nur etwa 13 Monate existierenden Nationalversammlung erstreckt sich in neun Bänden über stattliche 6.886 Druckseiten.³⁰

Die Zahl und die Länge der Reden gaben schon zeitgenössisch Anlass zu Kritik. Doch während Außenseiter die kommunikative Geschäftigkeit meist als bloße Redseligkeit wahrnahmen, stellte sich die Situation aus der Innenperspektive der Institution anders dar. Nicht nur, dass die Reden *das* entscheidende Instrument darstellten, durch das Abgeordnete hoffen konnten, Einfluss auf die Entwicklung und das Ergebnis der Debatten und Abstimmungen zu nehmen. Auch die öffentliche Wahrnehmung des Parlaments richtete sich maßgeblich nach dem Erfolg und Misserfolg rhetorischer Leistungen. Sogenannte »große« Reden strukturierten die Debatten, generierten Aufmerksamkeit im Parlament selbst und darüber hinaus und bestimmten so auch über die relative Prominenz einzelner Abgeordneter und Fraktionen.

Wenn also vieles für die etablierte Vorstellung eines Diskussionsparlaments spricht, ergibt sich aus der genaueren Betrachtung der Praxis des parlamentarischen Redens und Schweigens doch ein differenzierteres Bild. An erster Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Verteilung der rhetorischen Aktivität in der Versammlung alles andere als gleichmäßig war. Vereinzelte Vielredner wie etwa Georg Waitz, Moritz Mohl, Jacob Venedey, Georg von Vincke, Ludwig Simon, Hugo Wesendonck, Carl Vogt und Georg Beseler kamen während ihrer Mandatszeit auf über 100 Beiträge. Doch zeigt eine statistische Auswertung der Protokolle auch, dass im sogenannten Redeparlament *de facto* eine große schweigende Mehrheit vorhanden war.

Bevor wir darauf im Folgenden genauer eingehen, ist zunächst anzumerken, dass zwischen der praktischen Realität des parlamentarischen Schweigens und seiner zeitgenössischen Rezeption oft eine beträchtliche Kluft lag. Grund dafür waren die unterschiedlichen Erwartungen, die an einzelne Politiker gestellt wurden. Generell war die Vorstellung, dass sich ein Abgeordneter regelmäßig an der Debatte zu beteiligen habe, in allen politischen Lagern stark ausgeprägt. Wähler und Nichtwähler betrachteten »ihre« parlamentarischen Vertreter als Sprachrohr, das ihre Interessen und Ansichten auf der nationalen Bühne artikulieren sollte. Die linksliberale Sächsische Dorfzeitung beantwortete die Frage ihrer Leser »Wen soll ich wählen?« dahin gehend, dass nur ein Mann, »der auch reden kann, der im Stande ist, die anderen Abgeordneten von einer Wahrheit überzeugt zu machen«, geeignet sei, als Repräsentant des Volkes aufzutreten.

»Was hilft uns ein Abgeordneter, der den besten Willen und viel Rechtschaffenheit hat, aber stumm, wie ein Fisch, den ganzen Landtag keinen Laut von sich giebt? Das kann den Wählern keine Freude machen, sie sollen vielmehr dann und wann ein recht verständiges Urtheil von ihrem Abgeord-

27 Vgl. *Manfred Botzenhart*, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850*, Düsseldorf 1977, S. 482–493.

28 Dies im Gegensatz zum Vereinigten Landtag Preußens, wo dem Redner nur zehn Minuten eingeräumt wurden. Vgl. die vergleichende Bemerkung in Adolf Kollaczek an Wilhelm Adolph Trützschler, Brief vom 24.8.1848, zit. nach: *Gunther Hildebrandt* (Hrsg.), *Opposition in der Paulskirche. Reden, Briefe und Berichte kleinbürgerlich-demokratischer Parlamentarier 1848/49*, Berlin (Ost) 1981, S. 116.

29 Vgl. dazu die Karikatur [*Ludwig Maurer*], *Der Antragfabrikant*, Federlithografie, 23 x 28 cm, Offenbach [1848], Landesarchiv Baden-Württemberg, J-S Karikaturen, Nr. 2, 4-442805.

30 *Franz Wigard* (Hrsg.), *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main* [im Folgenden: SB], 9 Bde., Frankfurt am Main 1848–1849.

neten lesen, damit sie sehen und hören, daß er seine Pflicht und Schuldigkeit thut und dem ihm gewordenen Vertrauen zu entsprechen sucht.«³¹

Abgeordnete, die sich zu lange von der Rednerbühne fernhielten, mussten mit Briefen von ihren Wählern rechnen, in denen sie höflich, aber bestimmt aufgefordert wurden, häufiger von sich hören zu lassen. Auch in der lokalen Presse fanden solche Klagen Resonanz, wie etwa über den Missmut des bayerischen Volkes, »daß seine Abgeordneten mundtot scheinen und auch noch nicht Einer im Ernste die Tribüne bestiegen hat«.³² Doch war dieser Erwartungsdruck sehr unterschiedlich ausgeprägt. Ein Abgeordneter, der nicht zur politischen Prominenz gehörte, konnte oft in der schweigenden Masse aufgehen, ohne mit persönlichen Angriffen rechnen zu müssen. Namhafte Abgeordnete dagegen wurden von ihrem Umfeld häufig stark unter Druck gesetzt, sich an der Debatte zu beteiligen. In einigen Fällen ging dies sogar so weit, dass selbst die faktische Beteiligung an sich nicht mehr ausreichte, um dem Vorwurf des Schweigens zu entgehen. Aufgrund ihres Rufs wurde von bestimmten Abgeordneten eine ausdrückliche Positionierung in Bezug auf spezifische politische Fragen erwartet und eingefordert.

Ein Beispiel war der Vertreter der Stadt Frankfurt Friedrich Jucho. Als Mitglied des Vorparlaments, des Fünzigerausschusses und später als Schriftführer der Nationalversammlung war er ein überaus aktiver und bekannter Abgeordneter, auch wenn er sich in der Debatte nicht sehr oft zu Wort meldete.³³ Als sich seine lang erwartete Jungfernrede nicht auf die großen politischen Grundsatzfragen, sondern auf die unzulängliche Heizungssituation in der Paulskirche bezog, wurde er dafür ziemlich belächelt.³⁴ Doch mehr als seine Abneigung gegen das Rednerpult, die sicher nicht ausgeprägter war als bei den meisten seiner Kollegen, war es bei Jucho die Enttäuschung über seine generelle politische Zurückhaltung, die sein »Schweigen« in die Kritik geraten ließ. Seit dem Hambacher Fest hatte er zu den bekanntesten Vertretern der republikanischen Opposition gehört, und infolge des Frankfurter Wachensturms war er sogar mehrere Jahre für seine Überzeugungen inhaftiert gewesen. Doch in der Paulskirche gehörte er eher zur gemäßigten Linken und zog einen realpolitischen Kurs der unmittelbaren Umsetzung revolutionärer Ideale vor. Seinem Umfeld stellte sich dieser Kurswechsel als Prinzipienlosigkeit dar. Als er im September in zweiter Instanz mit der Mehrheit für den Malmöer Waffenstillstand abstimmte, zeigten sich seine alten politischen Weggefährten empört. Auf einer großen Protestversammlung auf der Frankfurter Pfingstweide am 17. September kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Jugendfreund Friedrich Funck, der Juchos opportunistisches »Schweigen« über den Waffenstillstand heftig kritisierte. Eine Karikatur (Abbildung 1), die kurze Zeit später entstand, zeigt die beiden als Kasperlepuppen auf dem Volkstheater. Als Stimme des Zeitgeists schwingt Funck einen Wahrheits-Knüppel, bezieht den »stillschweigenden Redner« Dr. Jocko des Verrats an den Interessen des Volkes und schickt ihn auf Höllenfahrt.

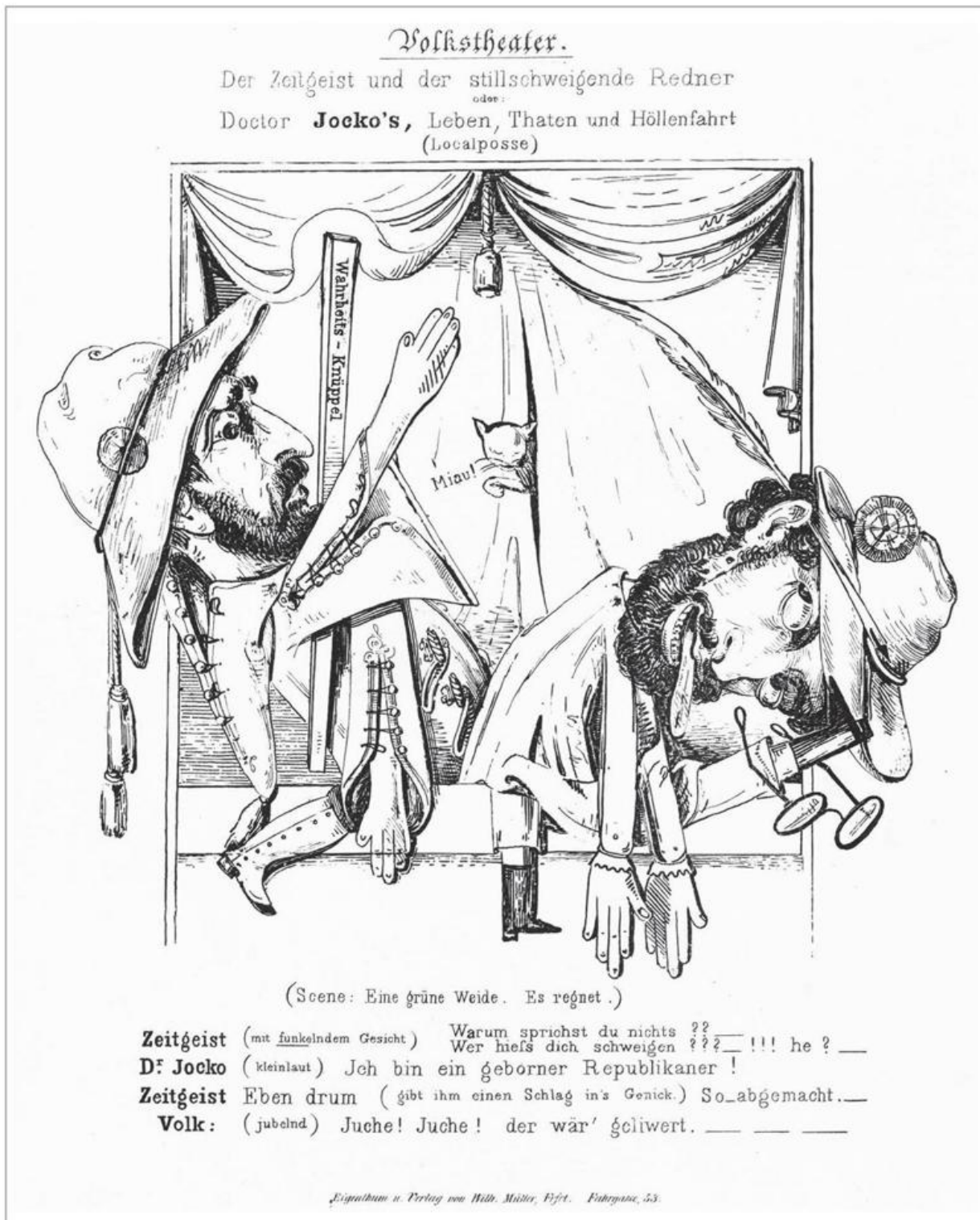
31 Wahlbesprechungen II, in: *Sächsische Dorfzeitung*, 1. 12. 1848, S. 382.

32 Die bayerischen Deputirten zu Frankfurt, in: *Augsburger Postzeitung*, 26. 6. 1848, Beilage 51, S. 199, wobei der Autor zu ihrer Entschuldigung gelten lässt, dass die Abgeordneten ja auch zum Abstimmen da seien und dass die Bayern nun mal weniger redselig seien als andere Völker, die »auch ohne Gedankenfülle, doch an einer eigentlichen Wortdiarrhöe leiden«. Vgl. *Dieter Allhoff*, *Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49*, insbesondere auf syntaktischer und semantischer Ebene, München 1975, S. 1.

33 *Veit Valentin*, *Frankfurt am Main und die Revolution von 1848/49*, Stuttgart 1908, S. 268.

34 Vgl. etwa die Karikaturen *Ernst Schalk*, Häusliche Szene nach der ersten glanzvollen Rede eines Volksvertreters über die Heizung des Nationaltheaters zu St. Paul, Druckgrafik, 19,8 x 28,3 cm, Frankfurt am Main 1848, Deutsches Historisches Museum (DHM) Berlin, Do 65/1138.1; *Adolf Schrödter*, Lage von Grönlandfahrern, die einfrieren, und etwas im Eise der Grundrechte stecken geblieben sind, Lithografie, 22 x 28,8 cm, DHM, Do 53/535.

Abbildung 1:
O.V., Volkstheater, Frankfurt am Main [1848]³⁵



35 O.V., Volkstheater. Der Zeitgeist und der stillschweigende Redner oder: Doctor Jocko's Leben, Thaten und Höllenfahrt (Localposse), Frankfurt am Main [1848], Federlithografie, 33 cm x 24 cm, Germanisches Nationalmuseum Nürnberg, Graphische Sammlung, HB 15635, 1317c. Vgl. Yasmin Doosry/Rainer Schoch, 1848: Das Europa der Bilder, Bd. 2, Nürnberg 1998, S. 223f.

Dem kommunikativen Verhalten individueller Abgeordneter in der Paulskirche lagen also verschiedene Faktoren zugrunde. Neben der persönlichen Neigung und Fähigkeit im Hinblick auf die parlamentarische Rhetorik spielten dabei die Erwartungshaltungen anderer eine entscheidende Rolle. Und in dieser Hinsicht wiederum sah sich jeder Abgeordnete stets gleichzeitig mit sehr unterschiedlich gearteten Anforderungen konfrontiert. Während er sein Verhalten im Binnenraum des Parlaments vor allem auf die Haltung seiner *peers* – ob im Sinne des eigenen politischen Lagers, der Fraktion oder des Versammlungskollektivs – einzustellen hatte, hatte er es darüber hinaus immer auch mit verschiedenen außerparlamentarischen Öffentlichkeiten zu tun, vom persönlichen Umfeld über die lokale Wählerschaft bis hin zur abstrakten Größe der ›Nation‹ im Ganzen. Um der praktischen Bedeutung dieser sich überlagernden Bedingungen auf die Spur zu kommen, werden im Folgenden die Protokolle der Nationalversammlung auf die unterschiedlichen Beteiligungsraten unterschiedlicher Abgeordnetengruppen in der Plenardebatte hin befragt. Doch bevor die Ergebnisse dieser Auswertung präsentiert werden, sind zwei kurze methodische Vorbemerkungen nötig.

Erstens bedeutete die Tatsache, dass sich viele Abgeordnete nie zu Wort meldeten, selbstverständlich nicht, dass sie im Plenum keinen Ton von sich gaben. Wie es ein zeitgenössischer französischer Abgeordneter einmal ausdrückte, war es gerade von den nichtredenden Abgeordneten besonders schwierig zu erreichen, dass sie auch tatsächlich den Mund hielten.³⁶ Über den ordentlichen, vom Präsidenten zugewiesenen Redebeitrag hinaus gab es viele andere Möglichkeiten, durch Zwischenrufe, Lachen, Zischen, Klatschen und Pfeifen zur Dynamik der Debatte beizutragen. Viele solcher Signale erklangen aus der Masse des Plenums und konnten somit keinem einzelnen Abgeordneten zugeschrieben werden. Doch reichte auch die Skala der in den Protokollen namentlich verzeichneten Beiträge von der einzelnen, meist vom Platze dazwischengerufenen Exklamation bis zur vollständigen Rede, die sich in ihrer verschriftlichten Form über mehrere Seiten erstrecken konnte. Im Registerband zu den Protokollen sind nur längere, ausdrücklich angekündigte Reden aufgeführt.³⁷ Dadurch bleiben jedoch ein Großteil der »mittleren« Debattenbeiträge, etwa im Rahmen von Interpellationen, vom Austausch über Geschäftsordnungsfragen und Ausschussberichte, sowie die sich in der Debatte selbst entwickelnde Interaktion von Rede und Widerrede außen vor. Andererseits erscheint es wenig sinnvoll, jedes geäußerte Wort als eigenständigen Debattenbeitrag zu werten. Im Folgenden werden deshalb nur solche Beiträge berücksichtigt, die namentlich zugeordnet werden und im Protokoll mindestens sechs Zeilen umfassen.³⁸

Eine weitere methodische Hürde bilden, zweitens, diejenigen Parlamentarier, die gleichzeitig einen offiziellen Posten bekleideten. Das gilt zunächst für die Funktionsträger des Parlaments selbst. Die Präsidenten, Vizepräsidenten und Schriftführer – zu denen auch Jucho gehörte – kamen im Ablauf der Debatte regelmäßig ex officio zu Wort. Dasselbe gilt für die Abgeordneten, die ab Juli 1848 als Minister oder Unterstaatssekretäre in die Kabinette der provisorischen Zentralgewalt berufen wurden. Zumeist handelte es sich dabei um Personen, die schon zuvor in den Debatten eine aktive Rolle gespielt hatten. Insofern sie aber in ihrer Rolle als Regierungsvertreter von der Versammlung interpelliert

36 Louis-Chrysostome Michel, zit. nach: *Paul Bosq*, *Souvenirs de l'Assemblée Nationale*, 1871–1875, Paris 1908, S. 140.

37 *Franz Wigard* (Hrsg.), *Vollständiges Inhalts-Verzeichnis zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main und Stuttgart, Frankfurt am Main 1850*.

38 Insgesamt handelt es sich um mehr als 5.000 Beiträge. Vgl. dagegen *Allhoff*, *Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49*, S. 25, der von 2.000 »längeren« Reden ausgeht.

wurden, sprachen sie nicht länger als Teil des Plenums. In den meisten Fällen lassen sich die unterschiedlichen Rollen auf der Ebene der Protokolle formal unterscheiden, wenn etwa manche Beiträge »v. Schmerling von Wien«, andere aber »Reichsminister v. Schmerling« zugeordnet werden – doch nicht immer.³⁹ Von einigen Abgeordneten steht zwar fest, dass sie auch auf eigene Faust sehr regelmäßig das Wort ergriffen, aber nicht genau wie oft, da sich ihre eigenständigen Beiträge von denen, die sie aus ihrer Funktionsrolle heraus tätigten, nicht vollständig trennen lassen. Und bei einigen anderen kann die Frage, ob sie überhaupt aus eigener Bewegung das Wort ergriffen, nicht mit Sicherheit geklärt werden. Die letztgenannte Gruppe wurde in den folgenden Statistiken nicht berücksichtigt.⁴⁰ Die erstgenannte nur insofern, als davon ausgegangen wird, dass sie sich »sehr oft« (mindestens 41 Mal) auch aus eigener Bewegung an der Debatte beteiligten.⁴¹ Da es sich bei diesen Fällen – bei sechs respektive neun Abgeordneten in einer Gruppe von insgesamt 809 – um eine kleine Minderheit handelt, ist die Auswirkung dieser Vorentscheidung auf die ermittelten Zahlen als gering zu betrachten. Dennoch ist zu betonen, dass die aufgeführten Ergebnisse weniger als absolut belastbare, sondern vielmehr als relative Größen im Hinblick auf die verhältnismäßige Verteilung der Redeaktivität im Plenum zu lesen sind.

Tabelle 1: Anteil der Abgeordneten der Nationalversammlung, nach der Zahl ihrer eigenständigen Redebeiträge geordnet

Redebeiträge	0	1–4	5–10	11–20	21–30	31–40	≥ 41
Anteil	50,2 %	23,1 %	9,3 %	6,8 %	3,4 %	2,5 %	4,7 %

Das erste und vielleicht überraschendste Ergebnis der Auswertung (Tabelle 1) ist, dass sich in diesem sprichwörtlichen Redeparlament circa die Hälfte der Abgeordneten kein einziges Mal an der Debatte beteiligte.⁴² Zu dieser Gruppe gehörten auch diejenigen Mitglieder, bei denen praktische Umstände eine Beteiligung verhindert hatten. Vor allem in der Endphase der Revolution gab es Abgeordnete, die der Versammlung nur kurze Zeit angehörten und entsprechend wenig Gelegenheit hatten, sich einzubringen. Als Extremfälle können Theodor Berkmann, Carl Adolph Ritter und Georg Seefried gelten, die erst am 13. Juni 1849, also nur fünf Tage vor der endgültigen Auflösung des Rumpfparlaments, als Ersatzkandidaten in die Versammlung einzogen.⁴³ Hinzu kam, dass nicht jeder, der sich meldete, auch zu Wort kam. Als Ernst von Saucken-Tarputschen sich in der Debatte über die Zentralgewalt am 20. Juni in die Rednerliste einschrieb, musste er feststellen, dass er da am 46. Platz stand,

»und da gestern und heute nur täglich 12 bis 13 Redner zum sprechen kommen, so werde ich wohl erst übermorgen heran kommen und dann am besten thun, zu schweigen. Denn ein Redner nach dem

39 Vgl. etwa SB, Bd. 3, S. 1626 und 1920.

40 Johannes Fallati, Gustav Robert von Maltzahn, Karl Moering, Anton Rieh, Eduard Simson und Alexander von Soiron.

41 Heinrich von Gagern, Robert von Mohl, Anton von Schmerling, Karl Biedermann, Friedrich von Herrmann, Friedrich Jucho, Otto Plathner, Gabriel Riesser und Franz Wigard.

42 Allerdings galt für das britische House of Commons dasselbe. Vgl. *Joseph S. Meisel*, *Public Speech and the Culture of Public Life in the Age of Gladstone*, New York 2001, S. 75; *Gary W. Cox*, *The Efficient Secret. The Cabinet and the Development of Political Parties in Victorian England*, Cambridge 1987, S. 53.

43 Weitere Beispiele wären Karl Mayer (12 Tage), Franz Barth (14) und Georg Friedrich Brackebusch (15).

ändern spricht bald dies bald jenes aus, was ich sagen wollte, und so wird nichts Neues zu sagen übrig bleiben, und wiederkäuen mag ich nicht.«⁴⁴

Einen Monat später passierte ihm dasselbe noch einmal. Doch blieb er gelassen: »es wird schon genug, ja zuviel geredet, und die Reden wirken weniger auf die Abstimmungen ein, als dies jetzt bei immer mehr sich ausbildenden Parteiwesen und Parteihalten in den Vorberathungen geschieht.«⁴⁵ Wie dieses Beispiel jedoch auch zeigt, spielten beim Umgang mit solchen praktischen Hindernissen immer auch Einstellungs- und Entscheidungsmomente eine Rolle. Dass ein redewilliger Abgeordneter überhaupt keine Gelegenheit fand, sich zu beteiligen, blieb eine Ausnahme.

Zu den komplett schweigenden Abgeordneten kam ein gutes Viertel der Versammlung hinzu, deren Namen zwar vereinzelt in den Protokollen auftauchen, die mit weniger als fünf Beiträgen jedoch kaum zu den wirklich aktiven Rednern gerechnet werden können. Manchmal gestalteten sich deren vereinzelte Wortmeldungen durchaus gehaltvoll. Marquard Adolph Barth etwa kam während seines langen Mandats auf nur zwei Beiträge, doch handelte es sich in beiden Fällen um inhaltlich substanzielle Reden einer beträchtlichen Länge.⁴⁶ Dasselbe gilt für die einzigen Reden eines Anton von Nagel zu Aichberg oder Bruno Adolph Sturm.⁴⁷ Doch zumeist waren die »Reden« derer, die sich sonst nicht zu Wort meldeten, deutlich als solche zu erkennen, da sie sich auf die Teile der Debatte beschränkten, die dem ungetübten Redner weniger rhetorisches Geschick abverlangten. Während Eduard Simson als Sekretär, Vizepräsident und Präsident zu den aktivsten und bekanntesten Mitgliedern des Hauses gehörte, bestand der einzige Redebeitrag seines Bruders Georg Bernhard im Verlesen eines eingegangenen Schreibens.⁴⁸ Insbesondere die Interpellation, die Begründung eingegangener Petitionen und die Berichterstattung im Namen eines Ausschusses waren beliebte Mittel, den eigenen Namen doch ausnahmsweise einmal in die Protokolle aufgenommen zu sehen, ohne sich den hohen Anforderungen der Plenardebatte aussetzen zu müssen.⁴⁹ In allen diesen Fällen konnte der Beitrag gründlich vorbereitet werden und wurde ausnahmsweise sogar das Verlesen von Aktenstücken oder Briefen an die Versammlung gestattet.⁵⁰

Im Einzelnen konnte die rhetorische Enthaltung der Abgeordneten – wie es Robert von Mohl rückblickend zusammenfasste – eine ganze Reihe von Gründen haben:

»Theils war es Abneigung gegen das, oft freilich widrige, Drängen zum Worte; theils Versäumniß in erster Zeit, und dann später Scheue; theils Ekel an dem vielen Gerede und Entschluß, dem Vaterlande durch Schweigen zu nützen. Bei einigen war es auch Schwäche der Brust oder der Stimme.

44 Ernst von Saucken-Tarputschen an seine Frau, Brief vom 20.6.1848, zit. nach: *Ernst von Saucken-Tarputschen*, Aus dem Frankfurter Parlament, hrsg. v. *Georg von Below*, in: *Deutsche Rundschau* 194, 1905, S. 79–104, hier: S. 88.

45 Ernst von Saucken-Tarputschen an seine Frau, Brief vom 27.7.1848, in: ebd., S. 97.

46 SB, Bd. 3, S. 1752f. (29.8.1848); Bd. 6, S. 4755–4757 (19.1.1849).

47 Ebd., Bd. 7, S. 5160f. (13.2.1849) und S. 5368–5370 (23.2.1849).

48 Es betraf einen Brief Heinrich von Gagerns über sein Abtreten als Präsident des Ministerrats. Ebd., Bd. 9, S. 6611 (17.5.1849).

49 Dasselbe galt in Frankreich, wo eine Satirezeitschrift beschrieb, wie manche Abgeordnete sich nur bei sogenannten »entr'actes« auf die Bühne trauten, als »rapporteurs modestes que l'inattention encourage et qui n'osent prendre la parole qu'à la condition qu'on ne les écouterait pas. [...] L'orateur marmotte pendant quelques minutes, il boit s'il a soif et s'en retourne la messe dite avec l'entière satisfaction d'avoir justifié l'utilité de sa présence au sein de l'assemblée nationale«. *Assemblée Nationale. Séance du 11 décembre*, in: *Le Charivari*, 12.12.1848, S. 1.

50 Einige Beispiele: SB, Bd. 6, S. 4478 (9.1.1849, Gustav Groß); Bd. 7, S. 4835 (24.1.1849, Friedrich Schlutter); Bd. 8, S. 5664 (13.3.1849, Karl von Schrenck); Bd. 8, S. 6122 (11.4.1849, Franz Seraphim Archer); Bd. 9, S. 6746f. (28.5.1849, Gottlob Tafel).

Solche Männer sprachen dann aber in kleineren Kreisen, und da zeigte sich, was sie der Versammlung entzogen.⁵¹

Rudolf Haym sah sich als eines der jüngsten Versammlungsmitglieder nicht berufen, das Wort im Plenum zu ergreifen.⁵² Doch vor allem fühlte er sich durch seine rhetorische »Unfertigkeit« gehemmt, es mit seinen Kollegen aufzunehmen.

»Meine meditative und formbedürftige Natur versagte durchaus für die parlamentarische Action und Debatte, wo die Eingebung des Momentes Alles ist und wo man, seiner selbst sicher, Thatsachen und Gesichtspunkte, Gedanken und Worte jeden Augenblick in Bereitschaft haben muß. Es ging mir, wie dem Blöden, der nur um so mehr, in sich zurückgeschüchtert, verstummt, je lauter sich die umgebende Gesellschaft unterhält. Weder im Parlamente noch auch nur in den Sitzungen unserer Fraktion [Casino] konnte ich mich zum Reden bringen. Das einzige Mal, wo ich, in der Frage der Stellungnahme zu den Novemberereignissen in Preußen, den Versuch wagte, wäre ich nahezu verunglückt.«⁵³

Es konnte also durchaus gute Gründe geben, der Debatte fernzubleiben. Andererseits darf der Erwartungsdruck, der vom eigenen Umfeld, von den Wählern und der »Nation« ausging, nicht unterschätzt werden. Davon zeugen nicht zuletzt die ständigen Versuche schweigsamer Abgeordnete, ihr Verhalten zu rechtfertigen. So betonte Haym, dass er dem Parlament zwar nicht am Rednerpult, sondern durchaus in anderer Weise gedient habe. »Der fleißigste Besucher der Sitzungen, war ich der aufmerksamste Zuhörer.« Vor allem aber habe er durch schriftliche Kommunikation seine fehlende rhetorische Tätigkeit wettgemacht. Er schickte regelmäßige Berichte an seine Wähler, die in der lokalen Presse veröffentlicht wurden. Darüber hinaus tat er sich mit ausführlichen Parteiberichten hervor, in denen er die politischen Ereignisse der Revolution aus Sicht seiner Fraktion darstellte.⁵⁴

Neben politischen Neulingen gehörten zu denen, die nie oder nur selten das Rednerpult bestiegen, auch einige durchaus prominente Abgeordnete wie Karl Biedermann, Ernst Moritz Arndt, Ludwig Uhland, Heinrich Laube, Karl Mathy und Georg Gottfried Gervinus. Das beste Beispiel dafür, dass man es in der Nationalversammlung auch ohne rednerische Großleistungen zu Einfluss bringen konnte, war Johann Gustav Droysen, von dem es hieß, er habe in Frankfurt »eine bedeutungsvolle Rolle mehr durch Schweigen als durch Sprechen gespielt«.⁵⁵ Sein Ruf als Historiker, aber vor allem die Rolle, die er im Vorfeld der Revolu-

51 [Robert von Mohl], Die erste deutsche Reichsversammlung und die Schriften darüber, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 1850, H. 2, S. 1–75, hier: S. 28.

52 Wie die Forschung zu den britischen und französischen Parlamenten der ersten Jahrhunderthälfte gezeigt hat, überlagerten sich hier zwei konträr ausgerichtete Faktoren. Einerseits war es üblich, dass sich neu gewählte Mitglieder zunächst zurückhielten, um sich an die Atmosphäre und Gebräuche des Hauses zu gewöhnen. Andererseits aber nahm die Bereitschaft, sich zu Wort zu melden, mit zunehmendem Alter strukturell ab. Vgl. Girard/Serman/Cadet u. a., Le Chambre des Députés en 1837–1839, S. 138 und 156; Eric J. Evans, Sir Robert Peel. Statesmanship, Power and Party, London 1991, S. 6–8.

53 Rudolf Haym, Aus meinem Leben. Erinnerungen, Berlin 1902, S. 188–190. Ähnlich auch David Friedrich Strauß, Literarische Denkwürdigkeiten, in: ders., Gesammelte Schriften, hrsg. v. Eduard Zeller, Bonn 1876, S. 1–80, hier: S. 18–21.

54 Die Berichte erschienen in drei Bänden: Rudolf Haym, Die deutsche Nationalversammlung bis zu den Septemberereignissen. Ein Bericht aus der Partei des rechten Centrum, Frankfurt am Main 1848; ders., Die deutsche Nationalversammlung von den Septemberereignissen bis zur Kaiserwahl. Ein weiterer Parteibericht, Berlin 1849; ders., Die deutsche Nationalversammlung von der Kaiserwahl bis zu ihrem Untergange. Ein Schlußbericht, Berlin 1850.

55 So Ernst von Lerchenfeld in der bayerischen Abgeordnetenversammlung. Bayerischer Landtag, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages. Stenographische Berichte, München 1849–1918, Bd. 1, S. 342 (Sg. v. 2.11.1849). Vgl. im Überblick Wilfried Nippel, Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik, München 2008, S. 90–143, und erneut, zugespitzt, ders., Droysen als Politiker, in: Volker Losemann (Hrsg.), Alte Geschichte zwischen Wissenschaft und Politik, Wiesbaden 2009, S. 65–83, hier: S. 67–72.

tion im schleswig-holsteinischen Widerstand gegen die dänische Vereinheitlichungspolitik gespielt hatte, steigerten die Erwartungen, die an seine Tätigkeit in Frankfurt gestellt wurden. Doch im Juli 1848 beichtete Droysen seinem Jugendfreund und Fachkollegen Wilhelm Arendt, dass er sich in den Verhandlungen bisher zurückgehalten hatte. Dabei war ihm durchaus schmerzhaft bewusst, dass sein Verhalten den Ansprüchen, die an einen Politiker seiner Statur gestellt wurden, nicht gerecht wurde.

»Müßte ein ordentlicher Kerl nicht ganz anders eingreifen und anfassen? Müßte er nicht – denn jeder sehnt sich nach irgendeiner Leitung – inmitten der lauen, wohlmeinenden Menge als herrschender Charakter vorantreten, als leitender Geist seine Schuldigkeit tun? Hat man nicht oft genug selbst geklagt, daß es so wenig Charaktere gebe? Lieber Freund, ich mache mir Vorwürfe ob spät gelernter Bescheidenheit; ich will Gott danken, wenn ich in die stille Klausur zurückgekehrt sein werde, in die allein, nun merke ich es, ich hingehöre.«⁵⁶

In seiner Antwort drängte Arendt den Freund jedoch erneut, aktiver in das Geschehen einzugreifen: »Sprich lieber Freund, beteilige Dich bei den Debatten! Du bist es der Sache, bist es zuletzt Dir selbst schuldig.« Dabei zeigte er für die innere Abneigung Droysens vor der Rednerbühne durchaus Verständnis.

»Dein Zögern begreife ich, ich denke mich auf das Lebhafteste in Deine Lage hinein. Das Still-schweigen hat eine Menge Ursachen, der Grund, auf dem es ruht, ist multiplex. Sprechen ist eine Tat bei euch, und wie schwer ist der Schritt von der Idee zur Tat! Dann gehört Mut dazu, den man nicht immer hat. Es sind wesentliche reelle Schwierigkeiten zu besiegen; aber besiege sie, und Du wirst sehen, wie wohl Dir der Sieg selbst tun wird.«

Droysens Beteuerung, dass er sich »im kleinen Kreise« sehr wohl an den politischen Verhandlungen beteilige, ließ Arendt nicht als Entschuldigung gelten. Für ihn galt nur das Rednerpult als eigentliche Bühne eines parlamentarischen Führers.

»Du bist zu anderm berufen, als Schriftführer in Kommissionen, seien sie auch noch so wichtig, zu sein. Und vor allen Dingen sprich mir nicht wieder von der ›stillen Klausur‹ und was drum und dran hängt. Das ist Verrat an Dir selbst. [...] Erst wenn Du sprichst, tätiger eingreifst, ein Leiter wirst, kannst Du auf mehr Befriedigung rechnen, als Du jetzt hast.«⁵⁷

Doch konnte sich Droysen nicht dazu durchringen, in die Debatten einzugreifen.

»Nun schilt auf mich soviel Du willst. Aber zu einem politischen Menschen, zu einem handelnden muß man andere Nerven haben als ich. Und noch einmal, ich habe Recht zu schweigen, wie ich tue. Die Doktrinärs sind die schlechtesten Politiker.«⁵⁸

In der Tat gestaltete sich die parlamentarische Aktivität Droysens in Frankfurt zwiespältig. Schon Zeitgenossen hoben den Widerspruch hervor zwischen seiner rhetorischen Untätigkeit und seinem beeindruckenden »Talent im Parlamentiren«⁵⁹, sofern dies »in persönlicher Ansprache und Ueberredung«⁶⁰ stattfand. Droysen war nun mal, erklärte sein Kollege und langjähriger Weggefährte Maximilian Duncker,

56 Johann Gustav Droysen an Wilhelm Arendt, Brief vom 8.7.1848, zit. nach: *Droysen*, Briefwechsel, Bd. 1, S. 441f. Vgl. zu dieser Korrespondenz allgemein *Ernst Oppenoorth*, Johann Gustav Droysen und seine Briefpartner. Eine kommunikationsgeschichtliche Studie, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 27, 2015, S. 149–182, hier: S. 176f.

57 Arendt an Droysen, Brief vom 13.7.1848, zit. nach: *Droysen*, Briefwechsel, Bd. 1, S. 448.

58 Droysen an Arendt, Brief vom 10.8.1848, zit. nach: ebd., S. 460.

59 *Heinrich Laube*, Das erste deutsche Parlament, Leipzig 1849, Bd. 1, S. 35.

60 *Karl Biedermann*, Erinnerungen aus der Paulskirche, Leipzig 1849, S. 264–266. Vgl. auch *Justus von Gruner*, Rückblick auf mein Leben, in: *Deutsche Revue* 26, 1901, H. 1, S. 25–36, 148–155 und 278–288, hier: S. 284.

»kein Parlamentsredner. Es widerstrebte ihm, die Accente zu brauchen, die auf eine erregte Menge wirken, und sein empfindlich geartetes Gemüth war den Gewaltstößen leidenschaftlicher Debatten kaum gewachsen. Um so unermüdlicher wirkte er in den Ausschüssen, im Kreise seiner Partei, des rechten Centrums, im persönlichen Verkehr mit Mitgliedern aller Parteien.«⁶¹

Als Führungspersönlichkeit der Casinofraktion, Mitglied des Geschäftsordnungs- und des Dreißiger- sowie Protokollführer des Verfassungsausschusses, aber vor allem aufgrund seiner besonderen Begabung, in Verhandlungen über die politischen Lager hinweg Mehrheiten zu bilden, gehörte der Kieler Geschichtsprofessor zu den bedeutendsten Mitgliedern des Frankfurter Parlaments, auch ohne sich an der Plenardebatte zu beteiligen.

Das Beispiel Droysens zeigt, dass es im Einzelfall möglich war, auch ohne rhetorische Betätigung eine aktive parlamentarische Rolle zu spielen. Allerdings blieb er eine Ausnahme. Wenn wir die Mitgliedschaft in den 17 ständigen und 10 nichtständigen Ausschüssen als Hinweis auf die Integration eines Abgeordneten in die Nationalversammlung als parlamentarische Arbeitsgemeinschaft betrachten, zeichnet sich eine deutliche Korrelation zwischen der Zahl der Mitgliedschaften und der der Redebeteiligungen ab. Es wurde schon angemerkt, dass die Ausschussmitgliedschaft in einzelnen Fällen eigene Debattenbeiträge nach sich zog, wenn die Beratungsergebnisse durch einen Berichterstatter dem Plenum vorgelegt wurden. Doch wirkte der Zusammenhang vor allem in die andere Richtung. Da die Mitglieder der Ausschüsse gewählt wurden, setzte dies einen gewissen Bekanntheitsgrad unter den Kollegen voraus.⁶² Im Einzelfall reichte dafür ein im Vormärz etablierter Ruf aus. Neben Droysen, der vier Ausschüssen angehörte, können hier etwa auch sein schon erwähnter Hallenser Kollege Maximilian Duncker (nur fünf Redebeträge, aber vier Ausschüsse) und der Dichter und Germanistikprofessor Ludwig Uhland (acht respektive zwei) genannt werden. Doch in der Regel war die Debattenbeteiligung der Königsweg zur Integration in die Gemeinschaft der aktiven Abgeordneten, die sich von der Masse ihrer eher passiven Kollegen klar abhob. Dieser Aspekt der Arbeitsteilung wird besonders deutlich, wenn auch die Zahl der Ausschussmitgliedschaften berücksichtigt wird. Immerhin gehörte fast ein Fünftel der Versammlung irgendeinem Ausschuss an. Diese Gruppe redete zwar deutlich öfter als die, die keinem Ausschuss angehörten, aber lag insgesamt doch eher im Durchschnitt. Bei denen jedoch, die während ihres Mandats in mehreren Ausschüssen aktiv waren, lagen die rhetorischen Beteiligungszahlen deutlich höher (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Durchschnittliche Zahl der Redebeteiligungen pro Abgeordneter, nach der Zahl der Ausschussmitgliedschaften geordnet

Ausschussmitgliedschaften	0	1	2	≥ 3	Gesamt
Anteil der Abgeordneten	64,5 %	19,2 %	8,7 %	7,6 %	100 %
Ø Redebeteiligungen im Plenum	2,0	7,1	18,8	33,4	6,9

61 *Maximilian Duncker*, Johann Gustav Droysen, in: *Preußische Jahrbücher* 54, 1884, S. 134–167, hier: S. 153. Dunckers Sympathie hing wohl auch damit zusammen, dass auch er selbst sich nur selten an der Debatte beteiligte, in den Versammlungen der Casinofraktion aber eine durchaus bedeutende Rolle spielte. Vgl. *Heinrich von Treitschke*, Max Duncker, in: *Preußische Jahrbücher* 58, 1858, S. 489–508, hier: S. 493f.

62 Vgl. zu den Ausschüssen *Rüdiger Moldenhauer*, Aktenbestand, Geschäftsverfahren und Geschäftsgang der ›Deutschen Verfassungsgebenden Reichsversammlung‹ (Nationalversammlung) 1848/49 und ihre Ausschüsse, in: *Archivalische Zeitschrift* 65, 1969, S. 47–91, hier: S. 59–91.

III. DIE KLUBS: POLITISCHE DIFFERENZEN UND KOMMUNIKATIVE HANDLUNGSPROFILE

Mit den Ausschussmitgliedschaften und der Teilnahme an den Plenardebatten sind zunächst zwei Handlungsbereiche untersucht worden, in denen das einzelne Mitglied unmittelbar mit dem Gesamtkollektiv der Versammlung in Beziehung stand. Doch ist daran zu erinnern, dass jeder Abgeordnete zuvor schon in eine Vielfalt sozialer Querverbindungen eingebunden war, die auf sein Verhalten einen erheblichen Einfluss haben konnten. Dazu gehörten etwa die geteilte regionale Herkunft, Religionszugehörigkeiten, berufliche Kontakte, Bekanntschafts- und in manchen Fällen sogar Familiennetzwerke. Verschiedene Zugehörigkeiten überlagerten sich und entwickelten dabei unterschiedliche Formen und Intensitäten von *peer pressure*. Die prägendste Bezugsgröße in dieser Hinsicht war aber ohne Zweifel die Fraktionszugehörigkeit. Bei den politischen »Klubs«, wie die Fraktionsgruppen in der Paulskirche genannt wurden, handelte es sich nicht um Parteien im modernen Sinne. Sie entstanden als Zusammenschluss von Abgeordneten und entwickelten kaum formalisierte Organisationsstrukturen über das Parlament hinaus. Im Binnenraum der Institution entwickelten sie jedoch eine durchaus bemerkenswerte Dynamik und ein im internationalen Vergleich außerordentlich hohes Niveau der Verbindlichkeit.⁶³

Mit Blick auf die Klubzugehörigkeiten kann auf die detaillierte prosopografische Vorarbeit einer Forschergruppe unter Leitung von Heinrich Best zurückgegriffen werden.⁶⁴ Dabei ist jedoch eine Besonderheit zu berücksichtigen. Anders als in späteren Parlamenten war es in der Frankfurter Nationalversammlung keine Seltenheit, dass Abgeordnete gleichzeitig mehreren Fraktionen angehörten oder im Laufe ihres Mandats zwischen ihnen wechselten. Die Entstehung neuer Klubs als Abspaltung von anderen oder als deren Zusammenschluss (vgl. Abbildung 2) verstärkte diese Dynamik weiter, sodass schließlich mehr als ein Viertel der Abgeordneten während ihrer Mandatszeit mehreren Fraktionen angehörte. Aus diesem Grund ist die Zuordnung einzelner Redebeiträge zu einer bestimmten Fraktion nur bedingt möglich oder sinnvoll. Auf der Basis der gegebenen Quellenlage ließe sich der genaue Zeitpunkt des jeweiligen Übertritts nur in vereinzelten Fällen ermitteln. Doch vor allem ginge eine solche vorgetäuschte Präzision an der Realität des Paulskirchenparlaments vorbei, bei der sich viele Mitglieder langfristig an den Beratungen mehrerer Klubs gleichzeitig beteiligten. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, gleichzeitig

63 Vgl. Gilbert Ziebura, Anfänge des deutschen Parlamentarismus. Geschäftsverfahren und Entscheidungsprozeß in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: Gerhard A. Ritter/Gilbert Ziebura (Hrsg.), Faktoren der politischen Entscheidung, Berlin 1963, S. 185–236; Helmut Kramer, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, Berlin 1968, S. 74–232; Werner Boldt, Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848, Paderborn 1971; Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit, S. 415–441; Dieter Langewiesche, Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: GG 4, 1978, S. 324–361; Heinrich Best, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990, S. 318–332; Fritz Taubert, Naissance des partis allemands autour de 1848 et tentatives juridiques d'empêcher leur organisation, in: Anne-Marie Saint-Gille (Hrsg.), Cultures politiques et partis aux XIXe et XXe siècles, Lyon 2005, S. 41–56. Eine wichtige Grundlage für diese Entwicklung bildete die intensive theoretische Auseinandersetzung mit den Funktionen von Parteien im Vormärz. Vgl. Philipp Erbentraut, Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815–1848, Tübingen 2016.

64 Heinrich Best/Wilhelm Weege, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996, insb. S. 400–407, sowie zur Begründung S. 17–22 und 377. Die Datensätze des Projekts sind als BIORAB-FRANKFURT über das Parlamentarierportal BIOPARL, URL: <www.bioparl.de> [3.7.2019] online abrufbar.

Abbildung 2: Schematische Darstellung
der Entwicklung der Fraktionen der Nationalversammlung im Jahr 1848

	Mai/Juni	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Äußerste Linke	Donnersberg				Märzverein (mit Teilen von Westendhall)	
Linke	Deutscher Hof			Nürnberger Hof		
		Westendhall				
Linkes Zentrum	Württembergischer Hof					
			Augsburger Hof			
			Landsberg			
Rechtes Zentrum	Casino					Pariser Hof
Konservative Rechte	Café Milani					

jedoch eine begründete Auswertung zu ermöglichen, ist im Folgenden auf die methodische Fiktion zurückgegriffen worden, dass die Redebeiträge jedes Abgeordneten gleichmäßig über die verschiedenen Fraktionszugehörigkeiten verteilt gewesen seien (bei zwei jeweils die Hälfte, bei drei ein Drittel und so fort). So können die Unterschiede in der Verteilung der Redeaktivität zwischen den verschiedenen Fraktionen sichtbar gemacht werden, ohne dass die ermittelten Zahlen jedoch den Anspruch absoluter Exaktheit für sich beanspruchen.

Bevor wir auf die einzelnen Fraktionen genauer eingehen, ist zunächst festzuhalten, dass die Zugehörigkeit zu einer Fraktion an sich schon ein deutliches Indiz für die Integration in das Versammlungskollektiv darstellte. Abgeordnete, die einer oder mehreren Fraktionen angehörten, meldeten sich deutlich öfter zu Wort, als diejenigen, die fraktionslos blieben. Während die letzte Gruppe nur etwa 30 % der Versammlung ausmachte, stellte sie etwa die Hälfte derer, die sich kein einziges Mal zu Wort meldeten. Unter den sehr aktiven Rednern mit mehr als 40 Plenumsbeiträgen gab es mit Moritz Mohl, dem entschiedenen Gegner des »stupiden Parteiwesens«, nur einen einzigen fraktionslosen Abgeordneten.⁶⁵

Der unterschiedliche Charakter der individuellen Fraktionen tritt hervor, wenn wir die jeweilige Verteilung zwischen Nicht- (0), Vereinzelt- (1–4), Regelmäßig- (5–20) und Vielrednern (≥ 21 Redebeiträge) innerhalb der einzelnen Fraktionsgruppen miteinander vergleichen. Von den fraktionslosen Abgeordneten blieben fast 80 % ohne jeden eigenständigen Redebeitrag, deutlich mehr als der Versammlungsdurchschnitt von 50 %. Zusammen mit den 15 %, die sich nur vereinzelt zu Wort meldeten, war vom übergroßen Teil dieser

⁶⁵ Vgl. Jörg Westermayer, *Politik als Beruf. Der Parlamentarier Moritz Mohl 1802–1888*, Düsseldorf 1998, S. 71–86.

Gruppe also wenig zu hören. Zwischen den verschiedenen Fraktionen fielen die Verteilungen indes sehr unterschiedlich aus. Wenig redelustig waren die Mitglieder der Fraktionen Augsburger Hof und Pariser Hof, von denen circa 80 respektive 75% fast nicht oder nur selten das Rednerpult bestiegen. Am anderen Extrem lag die Fraktion Nürnberger Hof, die im Oktober 1848 als Abspaltung vom Deutschen Hof entstand. Hier gab es nur ein einziges Mitglied, das sich nie zu Wort meldete, während der Anteil derer, die sich mehr als 20-mal beteiligten, bei fast 35% lag (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Kommunikationsprofile der fraktionslosen Abgeordneten, der beiden Flügel der Versammlung sowie der einzelnen Fraktionen

Redebeiträge	0	1–4	5–20	≥ 21
Gesamte Versammlung	50,2%	23,1%	16,1%	10,6%
Fraktionslos	78,5%	15,2%	4,3%	2,0%
›Linke‹ Fraktionen	34,7%	25,8%	24,7%	14,7%
Donnersberg	23,8%	36,4%	24,7%	15,2%
Märzverein	25,3%	31,8%	31,4%	11,5%
Nürnberger Hof	12,6%	4,2%	48,4%	34,8%
Deutscher Hof	40,7%	28,6%	14,0%	16,7%
Westendhall	31,7%	25,9%	28,8%	13,6%
Württembergischer Hof	30,9%	18,1%	34,0%	17,0%
Augsburger Hof	57,2%	21,2%	11,1%	10,4%
›Rechte‹ Fraktionen	41,3%	27,4%	17,3%	13,9%
Landsberg	39,2%	32,7%	15,1%	13,1%
Casino	41,6%	25,1%	18,8%	14,5%
Pariser Hof	54,6%	23,7%	7,9%	13,8%
Café Milani	32,9%	35,6%	19,2%	12,3%

Bei der Entstehung dieser Differenzen griffen verschiedene Faktoren ineinander. Erstens die spezifische Konstellation und der Zeitpunkt der Fraktionsgründung. Die geringe Präsenz am Rednerpult der Mitglieder der Fraktion Pariser Hof hing auch damit zusammen, dass die Fraktion erst Ende Dezember 1848 entstand. Allerdings war der Märzverein, der nur einen Monat zuvor als Zusammenschluss der Fraktionen Donnersberg und Deutscher Hof mit Teilen der Westendhall entstand, sehr viel aktiver. Hier gab es zwar auch einen Anteil von fast 60%, der nicht oder nur selten redete. Doch war der Anteil derer, die sich oft meldeten, deutlich höher, vor allem da sich einige der prominentesten und aktivsten Redner der Versammlung, wie etwa Hugo Wesendonck, Carl Vogt, Ludwig Simon, Adolph Schoder, Jacob Venedey und Franz Wigard, zum Märzverein bekannten. Zur Erklärung der besonderen rhetorischen Betriebsamkeit des Nürnberger Hofes gehört auch, dass ihre Mitglieder in den letzten Monaten des Parlaments im Kontext der Reichsverfassungskampagne und der Aufrechterhaltung des Stuttgarter Rumpfparlaments eine zentrale Rolle spielten.

Über solche individuellen Momente hinaus machten sich bei der Redebeteiligung zwei strukturelle Faktoren bemerkbar. Erstens die Fraktionsgröße: In jeder Fraktion gab es eine kleine Zahl von prominenten Rednern, die das Kollektiv regelmäßig im Plenum vertraten, während die Mehrheit sich zurückhielt. Doch war eine solche Arbeitsteilung in den größeren Fraktionen naturgemäß ausgeprägter als in den kleineren. Insbesondere bei der größten Fraktion Casino, die etwa ein Fünftel der Abgeordneten in sich vereinigte, konnten sich relativ viele zurückhalten, ohne dass die kollektive Positionierung darunter litt. Das war anders bei kleineren Fraktionen wie Café Milani, Pariser Hof, Donnersberg und Landsberg, bei denen die Beteiligung gleichmäßiger verteilt werden musste. Beim besonderen Profil der Fraktion Nürnberger Hof spielte also auch eine Rolle, dass sie mit nur 16 bekannten Mitgliedern – von denen außerdem einige noch parallel in anderen Fraktionen aktiv waren – den kleinsten Klub des Parlaments darstellte.

Dass sich jedoch auch ungefähr gleich große Fraktionen im Plenum zuweilen sehr unterschiedlich verhielten, zeigt, dass schließlich auch genuin politische Faktoren bedeutsam waren. Die zugegebenermaßen etwas stumpfe Unterscheidung zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Versammlung macht die unterschiedlichen Handlungsprofile auf beiden Seiten der Versammlung deutlich sichtbar. Nur die Fraktion Augsburger Hof, die Ende September 1848 als Abspaltung des rechten Flügels aus dem Württemberger Hof entstand, bildete in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Während sie ideologisch zum linken Zentrum gezählt wurde, gehörte sie, was ihr Aktivitätsprofil im Plenum angeht, eher zum konservativeren Teil der Versammlung.

Die differierenden Handlungsmuster auf linker und rechter Seite bestätigen ein Muster, das auch in zeitgenössischen französischen Parlamenten festgestellt worden ist.⁶⁶ Das aus neueren Volksvertretungen bekannte Phänomen, dass sich die beiden Extreme der Versammlung deutlich öfter zu Wort melden als die ›staatstragende‹ Mitte, würde sich erst später herausbilden. Bis zum späten 19. Jahrhundert standen dagegen politische Differenzen zwischen den beiden Flügeln der Kammer im Vordergrund. In Frankfurt drückte sich dies darin aus, dass weder die radikal-linke Fraktion Donnersberg noch das konservative Café Milani im Kontext ihres jeweiligen Flügels besonders hervorstachen, sie sich untereinander dagegen überaus deutlich unterschieden. In der Zusammenschau ergibt sich das Bild einer gleitenden Skala mit allmählich ansteigenden Beteiligungsraten auf der linken Seite des Plenums.

Die Gründe für dieses Muster lagen im spezifischen Charakter dieses Parlaments, in dem politische Handlungsmuster, die noch aus der vormärzlichen Zeit der landständischen Vertretungen stammten, auf eine radikal gewandelte Konstellation trafen. Dass das Parlament ein nationales Forum darstellen sollte, gehörte im Vormärz zu den zentralen Forderungen der Liberalen und Demokraten. Doch erst unter den gewandelten Bedingungen der Revolution zeigte sich, was dies in der Praxis bedeutete. Da die politische Rede nicht nur als Verständigungs- und Verhandlungsmittel, sondern gleichzeitig als Artikulation der ›Stimme der Nation‹ galt, adressierte sie gleichzeitig mehrere Publika. Neben dem Ziel, die Kollegen zu überzeugen, spielte auch die mittelbare Kommunikation mit der imaginierten Größe des ›Volkes‹ außerhalb der Versammlung stets eine Rolle. In der Interaktion mit dem auf der Galerie anwesenden und oft lautstark in die Debatten eingreifenden Publikum erhielt dieses Verhältnis im Plenum selbst performative Gestalt.⁶⁷ Doch vor allem

66 Vgl. zur Revolutionszeit *Applewhite*, *Political Alignment in the French National Assembly*, S. 149–153, zur Julimonarchie *Girard/Serman/Cadet* u. a., *Le Chambre des Députés en 1837–1839*, S. 138–141 und 156, sowie zum Zweiten Kaiserreich *Éric Anceau*, *Les Députés du Second Empire. Prosopographie d'une élite du XIXe siècle*, Paris 2000, S. 701–707.

67 Vgl. *Allhoff*, *Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49*, S. 160–164; *Almut Todorow*, »Stürmisches Bravo von der Galerie«. Redner und

bestand über die Protokolle und Presseberichte die Möglichkeit, durch parlamentarische Reden eine weit über das Haus hinausgehende Öffentlichkeit zu erreichen, deren Mobilisierung umgekehrt wieder als Druckmittel in die Kommunikation innerhalb der Versammlung einging.

Die Doppeladressierung machte die Debattenteilnahme auch über die unmittelbare Interaktion mit dem Plenum hinaus attraktiv, was sich auf die Beteiligungsraten auswirkte. Doch wirkte diese Dynamik auf linker Seite der Versammlung deutlich stärker als auf der Rechten. In dieser Differenz spiegelte sich ein andersgeartetes politisches Rollenverständnis wider. Obwohl sich auch die rechtsliberalen und sogar die konservativen Abgeordneten in abstracto durchaus als ›Stimme der Nation‹ verstanden, pflegten sie zum ›Volk‹ gleichzeitig ein eher distanziertes Verhältnis.⁶⁸ Die direkte Bezugnahme auf ›die Nation‹, sei es im Sinne der Galerie oder der Massen im Lande, galt ihnen meist als unschicklich und zog schnell den Vorwurf der Demagogie nach sich. Demgegenüber setzten sie auf eine ausdrücklich zur Schau gestellte Sachlichkeit, die prinzipielle Positionierungen zugunsten einer Bezugnahme auf Sachzwänge vermied und so innerhalb der Versammlung selbst sowie darüber hinaus Verhandlungsspielräume offenließ.⁶⁹ Obwohl das übliche Bild eines reinen Honoratiorenparlaments an der prägenden Bedeutung der Fraktionsstrukturen in der Nationalversammlung vorbeigeht, trifft es doch insofern zu, als zumindest auf der rechten Seite des Plenums das Selbstverständnis der Abgeordneten als parlamentarische Volksvertreter von einem elitären Paternalismus geprägt blieb. Erst im Kaiserreich würden sich auch die Konservativen allmählich auf eine direkte Bezugnahme zum ›Volk‹ – sei es direkt im Wahlkampf oder rhetorisch in den Plenardebatten – umstellen.⁷⁰

Zum politischen Aspekt der parlamentarischen Redeaktivität gehört schließlich auch die Frage, inwiefern in der Frankfurter Nationalversammlung das Schweigen auch als eigenständiger Kommunikationsmodus zum Einsatz kam. Dass einzelne Abgeordnete aus prinzipiellen Gründen von ihrem Mandat zurücktraten, kam schon in der Anfangsphase des Parlaments immer wieder vor. Als die Mehrheit am 28. Juni 1848 gegen den Widerstand der Linken die Einrichtung einer provisorischen Zentralgewalt durchsetzte, zog sich Christian Kapp, ein prominentes Mitglied der Fraktion Donnersberg, aus der Nationalversammlung zurück. Dabei drückte sich gerade auch in dieser Art des Schweigens als ausdrückliche Teilnahmeverweigerung erneut die hohe Wertschätzung aus, die dem politischen Wort beigemessen wurde. In dem Schreiben, in dem er seine Entscheidung begründete, erklärte Kapp seinen Wählern, dass da, wo die ›eigentliche‹ Stimme des Volkes erstickt werde – sein letzter Redebeitrag war vom Präsidenten abgebrochen worden⁷¹ –, die parlamentarische Debatte ihre Legitimationsgrundlage einbüße:

Publikum in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Bericht aus dem *Ersten deutschen Parlament* von Heinrich Laube (1849), in: *Rhetorik* 14, 1995, S. 1–13; Alexa Geisthövel, Teilnehmende Beobachtung. Briefe von der Damengalerie der Paulskirche 1848, in: Jürgen Herres (Hrsg.), *Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*, Berlin 2002, S. 303–333; Henning Türk, »Ich gehe täglich in die Sitzungen und kann die Politik nicht lassen«. Frauen als Parlamentszuschauerinnen und ihre Wahrnehmung in der politischen Öffentlichkeit der Märzrevolution 1848/49, in: *GG* 43, 2017, S. 497–525.

68 Vgl. zum Volksbegriff Grünert, *Sprache und Politik*, S. 222–226 und 241–245.

69 Vgl. Steinmetz, »Sprechen ist eine Tat bei euch.«, S. 1132–1136.

70 Vgl. im Überblick Volker Stalman, Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker. Die konservativen Parteien (1867–1918), in: Lothar Gall (Hrsg.), *Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel*, Paderborn/München etc. 2003, S. 91–126.

71 SB, Bd. 1, S. 551 (26.6.1848).

»Sie haben mich gewählt in eine Versammlung, deren Lebensgrund die Macht- und Rechtsvollkommenheit des Volkes, deren Kraft das lebendige Wort der Wahrheit, die Sprache der Thatsachen, deren Gesetz die Freiheit der Rede ist. Diese Versammlung existiert aber nicht mehr. Das Prinzip ihres Ursprunges, die Souveränität des Volkes, hat sie aufgegeben und den Mund des Volkes verschlossen, indem sie seinen freisinnigsten Vertretern das Wort verkümmerte.«⁷²

Bei den oben präsentierten Ergebnissen spielen solche Fälle keine signifikante Rolle, da die ausgetretenen Abgeordneten in der Regel schnell durch Nachwahlen ersetzt wurden. Anders war dies, wenn sich Fraktionen zu einem kollektiven Schweigen entschlossen, sei es aus taktischen Gründen oder um ein symbolisches Zeichen gegen die gegebenen Verhältnisse zu setzen. In der Tat kamen solche Debattenboykotts auf der linken Seite des Plenums gelegentlich vor. Zumeist ergaben sie sich mehr oder weniger spontan aus der situativen Dynamik einzelner Sitzungen. So etwa im August, als es in den Auseinandersetzungen wegen eines Ordnungsrufs an Lorenz Brentano zu Handgreiflichkeiten und sogar Duellaufforderungen im Plenum kam. Nachdem die Sitzung suspendiert worden war, begrüßte die Galerie den populären linken Abgeordneten bei seiner Rückkehr mit einem stürmischen Bravo. Als der überforderte Vizepräsident Alexander von Soiron daraufhin das gesamte Publikum von den Rängen entfernen ließ, verließ auch ein Teil der Linken aus Protest den Saal.⁷³

Über solche Einzelfälle hinaus gab es gelegentlich Überlegungen, das kollektive Schweigen längerfristig als strategische Unterlassungspraxis zu etablieren. Am 21. November wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionen Deutscher Hof, Westendhall und Donnersberg von Otto Leonhard Heubner »aus Ekel über die Majorität« ein Antrag gestellt, »daß die Linke ganz von Frankfurt eine Zeitlang weggehe, so lange, bis Neuwahlen für das ganze Parlament gesichert seien«.⁷⁴ Noch einen Schritt weiter ging sein Kollege Carl Theodor Dietzsch, der ein »unbedingtes Ausscheiden der ganzen linken Seite« forderte. Beide Anträge wurden jedoch mit der Begründung abgelehnt, dass man innerhalb der Grenzen der Gesetzlichkeit verbleiben wolle. Ludwig Simon ergänzte: »Zwischen Lüge und Wahrheit liege noch etwas inne: das Schweigen; seine Partei wisse zu schweigen, bis ihre Zeit gekommen sei; für jetzt müssen alle Parteien sich näher rücken, Mäßigung sei jetzt die Hauptsache.«

In der Tat übte die Linke in der Folge in vereinzelt Momenten symbolische Zurückhaltung. Als die Nationalversammlung eine Woche später entschied, dem Tod Robert Blums nur durch eine kirchliche Feier zu gedenken, von anderen Ehrbeweisen aber abzusehen, hielt sich die Linke aus Protest der Debatte fern. Ihre beiden Mitglieder im entsprechenden Ausschuss – Franz Raveaux und Franz Wigard – zogen sich zurück.⁷⁵ Doch wurde aus solchen punktuellen Nadelstichen zu keiner Zeit ein systematischer Boykott, wie es ihn in den britischen und französischen Parlamenten seit der Jahrhundertwende wiederholt

72 Christian Kapp an seine Wähler, Brief vom 28.6.1848, zit. nach: *Hildebrandt*, Opposition in der Paulskirche, S. 44f. Der Text dieser Adresse wurde von Ludwig Feuerbach mitredigiert. Vgl. dazu ausführlich Jörn Leonhard, Christian Kapp, in: *Frank Engehausen/Armin Kohnle* (Hrsg.), *Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung 1848/49*, Ubstadt-Weiher 1998, S. 183–207.

73 SB, Bd. 2, S. 1455 (9.8.1848). Vgl. auch der Bericht vom 19.8.1848, in: *Hildebrandt*, Opposition in der Paulskirche, S. 106–110.

74 Gustav Moritz Hallbauer, Tagebucheintrag vom 21.11.1848, zit. nach: *Ludwig Bergsträsser* (Hrsg.), *Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern*, Frankfurt am Main 1929, S. 164–165. Dasselbst auch die beiden folgenden Zitate.

75 Wilhelm Zimmermann an seine Frau, Brief vom 28.11.1848, zit. nach: *Hildebrandt*, Opposition in der Paulskirche, S. 198–199.

gegeben hatte.⁷⁶ Wegen der hohen Wertschätzung der Rede hafteten dem Schweigen – selbst als ausdrückliche Verweigerung des Wortes – negative Konnotationen der Pflichtverletzung, Ohnmacht und Feigheit an.

IV. ZEITDRUCK: REDSELIGKEIT ALS FUNKTIONALES UND SYMBOLISCHES DILEMMA

Die Kopplung der Beteiligungszahlen mit anderen politischen Differenzlinien innerhalb des Abgeordnetenkollektivs ermöglicht eine genauere Bestimmung der kommunikativen Praxis dieses Parlaments. Was bei dieser Betrachtungsweise allerdings außen vor zu bleiben droht, ist der diachrone Aspekt des Wandels. Generell lassen sich im Hinblick auf das Verhältnis von Reden und Schweigen im Prozess dieser Revolution zwei einschneidende Erfahrungsbrüche ausmachen – einer im Sommer 1848 und einer im Winter 1848/49. Ihnen sind die beiden folgenden Abschnitte gewidmet.

Anders als in Großbritannien, wo das Problem des parlamentarischen Zeitdrucks schon seit den 1830er-Jahren intensiv diskutiert worden war, spielte dies in den deutschen Landtagen des Vormärz keine nennenswerte Rolle. Angesichts der beschränkten politischen Kompetenzen und der niedrigen Mitgliederzahl dieser Versammlungen blieben Klagen über die Geschwätzigkeit einzelner Abgeordneter auf Einzelfälle beschränkt.⁷⁷ Umso größer war der Erfahrungsbruch in der Paulskirche. Spätestens im Juni war unübersehbar, dass die Rede- und Antragswut der Abgeordneten die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu lähmen drohten. In der ersten Sitzung der Debatte über die Einrichtung der vorläufigen Zentralgewalt im Juni wurden 49 Zusatzanträge eingebracht und schrieben sich 189 Abgeordnete (etwa ein Drittel der Anwesenden) in die Rednerliste ein.⁷⁸ Die Debatte über den Grundrechtskatalog verlief dermaßen zäh, dass ein Abgeordneter im Juli berechnete, dass insgesamt mit etwa 1.000 Zusatzanträgen zu rechnen sei und ein Ende der Debatte bei dieser Geschwindigkeit nicht vor April 1850 in Sicht komme.⁷⁹

Gerade bei den Abgeordneten, die zuvor schon in den Landtagen aktiv gewesen waren, rief die ausgedehnte Sitzungsperiode des Frankfurter Parlaments und die lange Dauer einzelner Sitzungen bis tief in die Nacht hinein Befremden und Unmut hervor. In ihrer Korrespondenz mit Familie und Wählern beklagten sie sich über die unproduktive Redseligkeit ihrer Kollegen, wohl auch, um das Ausbleiben greifbarer Resultate der Verhandlungen zu entschuldigen. »Die Sprechsucht ist unerträglich«, schrieb etwa Carl Fuchs. »Die

⁷⁶ Vgl. *Theo Jung*, Auftritt durch Austritt. Debattenboykotts als parlamentarische Praxis in Großbritannien und Frankreich (1797–1823), in: AfS 58, 2018, S. 37–67. Zur Boykottfrage in der postrevolutionären Zeit, vgl. *Christian Jansen*, Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867, Düsseldorf 2000, S. 198–203.

⁷⁷ Vgl. *Christian Ernst von Bentzel-Sternau*, Bericht über die Ständeversammlung des Königreichs Baiern vom 17. November 1827 bis 18. August 1828 erstattet an seine Kommitenti die bayerische Nation, Zürich 1829, S. 16f.; *Carl Joseph Anton Mittermaier*, Art. Geschäftsordnung (landständische), in: *Karl von Rotteck/Carl Welcker* (Hrsg.), Staats-Lexikon. Encyclopädie der Staatswissenschaften, Altona 1838, Bd. 6, S. 613–629, hier: S. 613 und 616; *Eckhart G. Franz/Peter Fleck*, Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), Der Landtag des Großherzogtums Hessen 1820–1848, Darmstadt 1998, S. 9–73, hier: S. 27f.; *Dirk Götschmann*, Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz. Die Ständeversammlung des Königreichs Bayern, 1819–1848, Düsseldorf 2002, S. 267; *Roland Gehrke*, Landtag und Öffentlichkeit. Provinzialständischer Parlamentarismus in Schlesien 1825–1845, Köln/Weimar etc. 2009, S. 149–151.

⁷⁸ SB, Bd. 1, S. 465 (23.6.1848).

⁷⁹ Ebd., Bd. 1, S. 772 (6.7.1848). Vgl. auch Ludwig Uhland an seine Frau, Brief vom 29.7.1848, zit. nach: *Emilie Uhland*, Ludwig Uhlands Leben, Stuttgart 1874, S. 363.

Selbstverleugnung, zu schweigen, wenn ein anderer schon dasselbe gesagt hat, ist äußerst selten. Geht es so fort, sitzen wir übers Jahr auch noch hier.«⁸⁰ Carl Theodor Dietzsch äußerte die Befürchtung, dass für die Verhandlungen ein Reichstag nicht ausreichen, sondern ein »Reichsjahrhundert« nötig sein würde, während Ludwig Reinhard für das Wappen des Parlaments die Schildkröte vorschlug.⁸¹ Sogar in den Plenardebatten selbst äußerten Abgeordnete immer wieder ihr Missbehagen über den »Jordanfluß der Rhetorik«⁸² ihrer Kollegen.

Trotz solcher Kritik zeigte sich die Versammlung zögerlich, die Redefreiheit formell einzuschränken. Anträge, eine Redezeitbeschränkung einzuführen, wurden wiederholt von deutlichen Mehrheiten abgelehnt.⁸³ Stattdessen wurde die Lösung in informellen Absprachen innerhalb und zwischen den Fraktionen gesucht – ein weiterer Hinweis auf die entscheidende Bedeutung dieser Kollektivform im Gefüge dieses Parlaments. Schon im Juni war mehrfach vorgeschlagen worden, nur noch Anträge, die ausdrücklich im Namen einer Fraktion vorgebracht wurden, zur Debatte zuzulassen.⁸⁴ In dieser Radikalität waren solche Vorstöße nicht mehrheitsfähig, schon deswegen, da etwa ein Drittel der Versammlung keiner Fraktion angehörte. Doch der Sache nach wurden sie vom Präsidenten Heinrich von Gagern in bestimmten Debatten dennoch praktisch umgesetzt, indem dieser – entgegen der formellen Geschäftsordnung, aber mit Unterstützung einer großen Mehrheit – etwa über die Anträge zu den Grundrechten ohne weitere Begründung abstimmen ließ. Daraufhin bat er die Fraktionen, jeweils zwei Redner aus ihrer Mitte anzuweisen, um die übrig gebliebenen Anträge im Plenum zu begründen.⁸⁵

Mit diesem eigenmächtigen Eingriff war eine Entwicklung eingeleitet, die die Unabhängigkeit der einzelnen Abgeordneten zunehmend zugunsten der Fraktionen einschränkte. Während sich die Geschäftsordnungspraxis somit grundlegend veränderte, stießen Versuche, diesen Wandel offiziell zu kodifizieren, weiterhin auf Widerstand.⁸⁶ Dabei spiegelte sich in der steigenden Radikalität der gemachten Vorschläge nicht nur der anwachsende Organisationsgrad der Klubs, sondern auch der steigende Unmut über den unnützen Wortschwall der Debatte wider. So schlug Adolph Schoder schon Ende Juli vor, die komplette Beratung über die Grundrechte in die Ausschüsse zu verlagern, wonach die sich daraus ergebenden Mehrheits- und Minderheitsanträge sowie der gesamte Entwurf im Plenum ohne jedwede Diskussion zur Abstimmung gebracht werden sollten. Neben der von »anarchischen« und »reactionären« Bestrebungen im Lande bedingten Dringlichkeit einer schleunigen Verabschiedung des Grundrechtskatalogs begründete er diese Maßnahme auch damit, dass die Debatte ihren deliberativen Charakter de facto schon längst eingebüßt habe: »Eine Überzeugung durch die Diskussion findet ja doch sehr selten in der Art statt, daß die Gründe, welche einer, der auf dieser Seite sitzt, vorbringt, auf Jenen wirken.«⁸⁷ Noch weiter ging Gottfried Eisenmann, der dafür plädierte, dass nach einer Vorberatung in den Fraktionen die weitere Aushandlung einzelner Bestimmungen in einem neu zu bildenden

80 Brief vom 27.5.1848, zit. nach: *Hans Jessen*, Die deutsche Revolution 1848/49 in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 138–139.

81 Briefe vom 2.6.1848 und 7.7.1848, zit. nach: *Hildebrandt*, Opposition in der Paulskirche, S. 23 und 54.

82 SB, Bd. 1, S. 433 (21.6.1848, Karl Moering).

83 Ebd., Bd. 1, S. 36 (22.5.1848); Bd. 2, S. 1506 (12.8.1848).

84 Ebd., Bd. 1, S. 385 (20.6.1848), S. 396 (21.6.1848) und S. 466–467 (23.6.1848).

85 Ebd., Bd. 1, S. 469f. (23.6.1848).

86 Vgl. *Zieburg*, Anfänge des deutschen Parlamentarismus, S. 199f.; *Langewiesche*, Die Anfänge der deutschen Parteien, S. 334.

87 SB, Bd. 2, S. 1261–1263 (29.7.1848). Ähnlich schon *Gustav Rümelin*, Aus der Paulskirche. Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 und 1849, hrsg. v. *H. R. Schäfer*, Stuttgart 1892, S. 25f. (Bericht vom 6.7.1848).

interfraktionellen Ausschuss mit von jedem Klub jeweils zwei Vertretern stattfinden solle. Deren Beschlüsse seien im Plenum sodann von jeweils nur einem Redner pro Fraktion zu begründen, wonach die Nationalversammlung ohne Diskussion zur Abstimmung übergehen könne.⁸⁸ Wie Friedrich von Raumer erkannte, hätten solche Medikamente gegen die »Redekrankheit« die einfachen Versammlungsmitglieder im Plenum vollends in schweigende »Pythagoräer« verwandelt.⁸⁹

Doch verliefen solche Reformanträge immer wieder im Sande.⁹⁰ Dass schließlich nur vergleichsweise gemäßigte Änderungen der Geschäftsordnung verabschiedet wurden – wie etwa die, nur noch Anträge zuzulassen, die von mindestens zehn Abgeordneten mitunterzeichnet waren⁹¹ –, zeigte, dass die Mehrheit der Versammlungsmitglieder letztlich nicht bereit war, ihre parlamentarische Eigenständigkeit offiziell ad acta zu legen. Dennoch hatte sich auf der Ebene der Praxis in kurzer Zeit ein entscheidender Charakterwandel vollzogen. Entgegen der sich bis heute hartnäckig haltenden Legende vom »unbeholfenen Parlament der frei diskutierenden Honoratioren«⁹² zeichnete sich die Frankfurter Nationalversammlung spätestens ab Herbst 1848 durch eine vergleichsweise straff organisierte, auf einer zentralen Rolle der Fraktionen basierenden Geschäftspraxis aus. Unter Eindruck des Malmöer Waffenstillstands und der Septemberunruhen etablierte sich auf rechter Seite eine breite bürgerliche Einheitsfront mit dem ausdrücklichen Ziel, den Geschäftsgang in geordnete Bahnen zu lenken und zu beschleunigen. Um die wechselseitige Koordination zu vereinfachen, bildete sich mit der sogenannten Neunerkommission, in die jeweils drei Vertreter der Fraktionen Landsberg, Augsburger Hof und Casino entsandt wurden, der erste interfraktionelle Ausschuss der deutschen Parlamentsgeschichte heraus.⁹³ Obwohl offiziell an der individuellen, am Zeitpunkt der Wortmeldung ausgerichteten Rednerliste festgehalten wurde, führte der Präsident gleichzeitig eine zweite, inoffizielle »Parteiliste«, die im Vorfeld der Debatte von den Fraktionen im Seniorenkonvent ausgehandelt wurde.⁹⁴ Während weniger wichtige Themen dem individuellen Gewissen überlassen blieben, erklärten die Klubs eine zunehmende Zahl von Fragen zur Parteisache, bei denen angewiesene Redner die Position des Kollektivs im Plenum vertraten. Der Fraktionszwang bei den Abstimmungen war fest in den Satzungen der jeweiligen Klubs verankert.⁹⁵ Im Oktober 1848 stimmten insgesamt nur noch 7,4 % der Mitglieder gegen die jeweils vereinbarte Fraktionslinie.⁹⁶

88 SB, Bd. 3, S. 1626f. (22.8.1848). Vgl. zur Begründung auch *Gottfried Eisenmann*, Die Parteyen der deutschen Reichsversammlung, ihre Programme, Statuten und Mitglieder-Verzeichnisse, Erlangen 1848, S. 6.

89 *Friedrich von Raumer*, Ueber die Abkürzung der Reichstagsverhandlungen, in: *ders.*, Reden die in Frankfurt nicht gehalten wurden, Leipzig 1848, S. 25–31, hier: S. 29. Zu seinen eigenen Lösungsvorschlägen, vgl. ebd., S. 31, sowie *ders.*, Briefe aus Frankfurt und Paris 1848–1849, S. 115f. (Brief vom 23.6.1848).

90 Vgl. insbesondere SB, Bd. 2, S. 989 und 993 (18.7.1848); Bd. 2, S. 1035–1038 (20.7.1848).

91 Ebd., Bd. 2, S. 987f. (18.7.1848).

92 *Langewiesche*, Die Anfänge der deutschen Parteien, S. 330. Vgl. auch schon *Ziebura*, Anfänge des deutschen Parlamentarismus, S. 229, und sehr detailliert *Kramer*, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, S. 74–232.

93 Vgl. *Ziebura*, Anfänge des deutschen Parlamentarismus, S. 215.

94 Geheim war sie indes nicht. Ihre Existenz wurde sogar in den Debatten öffentlich verhandelt. Vgl. etwa SB, Bd. 3, S. 2044 (15.9.1848); Bd. 5, S. 3261 (14.11.1848); Bd. 6, S. 4560 (12.1.1849). Vgl. *Kramer*, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, S. 192–194; *Allhoff*, Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49, S. 92–100; *Botzenhart*, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit, S. 431, 439 und 491.

95 Vgl. die Satzungstexte in *Kramer*, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, S. 271–281, Anhang I.

96 *Best*, Männer, S. 330–331.

Unter diesen veränderten Bedingungen wurde die Debatte in der Tat radikal beschleunigt. Der Grundrechtskatalog wurde in der zweiten Lesung im wechselseitigen Einvernehmen der Klubs unter weitgehendem Übergehen der Plenardebatte in nur drei Wochen verabschiedet.⁹⁷ Die im November und Dezember stattgefundene Debatte über die Verfassung wurde fast nur noch von den Berichterstatern des Verfassungsausschusses bestritten, da sich die Fraktionen geeinigt hatten, auf eine Aussprache im Plenum in diesem Stadium zu verzichten.⁹⁸

In der »Wechselwirkung zwischen den Wandlungen des parlamentarischen Geschäftsverfahrens und der Verfestigung der Fraktionen«⁹⁹ wurden die Spielräume individueller Abgeordneter, sich auf eigene Faust an der Plenardebatte zu beteiligen, deutlich eingeschränkt. Doch war die Debatte damit keineswegs stillgelegt. Vielmehr hatte sich die Funktion eines wichtigen Teils der Redebeiträge verschoben. Die Frage, ob es in der Paulskirche auch nach der Stabilisierung der Fraktionen möglich blieb, durch argumentative Überzeugungskraft die Abstimmungen zu beeinflussen, wurde schon von Zeitgenossen kontrovers diskutiert. Auch von der Forschung ist sie unterschiedlich beurteilt worden.¹⁰⁰ Die wechselnden Mehrheitsverhältnisse und die Tatsache, dass die sich überschlagenden Ereignisse der Revolution eine Vorberatung in den Fraktionen manchmal verhinderten, boten immer wieder Spielräume für tatsächliche Überzeugungsarbeit. In manchen Fällen wurden die Fraktionsstandpunkte bei der Abstimmung erst nach der Plenardebatte festgelegt. Schließlich blieb stets ein beträchtlicher Teil der Abgeordneten fraktionslos. Nach den Berechnungen Heinrich Bests erreichte die Zahl der Fraktionslosen im Oktober 1848 einen Tiefpunkt von 111. Über die gesamte Sitzungsperiode hinweg blieben aber 32 % der Abgeordneten fraktionslos, während 26 % mindestens einmal die Fraktion wechselten oder sich einer Abspaltung anschlossen.¹⁰¹ Andererseits konnte das Abstimmungsergebnis oft schon vor der Debatte bis auf eine oder zwei Stimmen genau vorausgesagt werden. »Alle Fragen werden gegenwärtig außerhalb der Sitzungen, in den Clubbs, ausgemacht«, schrieb Emilie Uhland, die ihren Ehemann in Frankfurt begleitete, »und es wird unter die Seltenheiten gehören, daß ein Beschluß anders ausfällt, als man voraussagt; die Debatten werden fast nur pro forma gehalten, da jeder schon vorher entschlossen ist, wie er stimmen wird.«¹⁰² In den Debatten räumten auch die Redner selbst gelegentlich ein, von ihren Mühen im Plenum keinerlei Überzeugungsleistung zu erwarten.¹⁰³

Auch wenn solche Darstellungen strukturell überzogen sein mochten, kam die verbreitete Vorstellung, dass die Reden im Plenum die Mehrheitsverhältnisse nur noch im Ausnahmefall

97 *Rümelin*, Aus der Paulskirche, S. 136 (Bericht vom 9. 12. 1848). Vgl. *Kramer*, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, S. 173f. und 194.

98 *Theodor Paur*, Briefe aus der Paulskirche, hrsg. v. *Heinrich Meisner*, Berlin 1919, S. 81f. (Brief vom 18. 12. 1848).

99 *Kramer*, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, S. 200f.

100 Skeptisch ist *Kramer*, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, S. 169–185, eher optimistisch *Allhoff*, Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49, S. 22 und 147–156, und differenziert *Steinmetz*, »Sprechen ist eine Tat bei euch«, S. 1130–1132.

101 *Best*, Männer, S. 325–326 und 330.

102 Emilie Uhland an Karl Mayer, Brief vom 6. 12. 1848, zit. nach: *Walter Reinöhl*, Uhland als Politiker, Diss., Tübingen 1911, S. 198. Vgl. ähnlich auch *Wilhelm Stahl* an Carl Friedrich Gerber, Brief vom 3. 12. 1848, zit. nach: *Wilhelm Stahl*, Briefe aus der Paulskirche, hrsg. v. *Marie von Gerber*, in: *Ludwig Dehio* (Hrsg.) Historisch-politisches Archiv zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Leipzig 1930, S. 1–132, hier: S. 46; *Gustav Moritz Hallbauer*, Tagebucheintrag vom 7. 5. 1849, zit. nach: *Bergsträsser*, Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern, S. 309f.

103 Vgl. etwa SB, Bd. 1, S. 493 (24. 6. 1848); Bd. 5, S. 3826 (5. 12. 1848); Bd. 7, S. 4822 (23. 1. 1849).

beeinflussten, der Aufmerksamkeit der Zuhörer nicht zugute. Insbesondere wenn sich einzelne Debatten in die Länge zogen und dieselben Argumente immer wieder in nervtötender Ausführlichkeit wiederholt wurden, ließ das Interesse der Abgeordneten für die Anstrengungen ihrer Kollegen schnell nach. Nicht selten verließ ein Teil der Abgeordneten ganz einfach den Saal. »Redenhalten ist äußerst mißlich geworden«, meinte Theodor Paur, »da kein Mensch mehr Geduld hat, sie anzuhören [...]»; das Anhören einer Reihe von Reden aber ist für uns, die wir deren so viele hunderte nutzlos gehört haben, zur unerträglichen Qual geworden, – darum laufen die meisten fort, bis es zur Abstimmung kommt.«¹⁰⁴

Dass unter solchen Umständen trotzdem beständig weitergeredet wurde, verstärkte den Unmut über die unnütze Weitschweifigkeit der Debatten einmal mehr. Es verwies aber auch darauf, dass diese Reden nicht länger ausschließlich oder selbst nur primär an die anwesenden Kollegen, sondern zunehmend an die weitere Öffentlichkeit gerichtet waren. Im Rahmen dieser mehrfach adressierten, »trialogischen« Kommunikation kam ihnen trotz ihrer augenscheinlichen Ohnmacht eine Reihe von durchaus wichtigen politischen Funktionen zu.¹⁰⁵ Den Klubs war naturgemäß daran gelegen, die eigene Position öffentlich darzulegen und zu begründen. Auch wenn sich Gegner nicht überzeugen ließen, konnten sie durch geschickte Argumente doch in Verlegenheit oder Erklärungsnot gebracht werden. Durch den Appell an die »Nation« konnten sie außerdem unter Zugzwang gesetzt werden, sich zu einer bestimmten Frage zu erklären. Wie Steinmetz gezeigt hat, konnte die Verwendung griffiger Schlagwörter oder anderer Sprachmuster mittel- oder langfristig dazu führen, »bestimmte Sprachregelungen für andere akzeptabel, besser noch verbindlich zu machen«.¹⁰⁶ Und schließlich blieb die Vorstellung, dass die Versammlung der »Nation« eine öffentliche Aussprache schulde, unter den Abgeordneten stets stark ausgeprägt. Auch wenn man nicht erwarten konnte, die Ergebnisse der Abstimmung zu beeinflussen, sah man sich in der Pflicht, seine Position offen zu artikulieren, sei es »als eine Verwahrung vor Mit- und Nachwelt«¹⁰⁷, weil sich die Streitpunkte den »Wählern gegenüber nicht mit ein paar Worten abmachen«¹⁰⁸ ließen, oder einfach nur, »weil es eben eine wichtige Frage ist; weil sie nicht ohne einen »gewaltigen parlamentarischen Kampf« abgetan werden dürfe; weil eben die Tribüne zur Befriedigung des Publikums diene usw.«¹⁰⁹

So hatte sich der Charakter der parlamentarischen Verhandlung in der Paulskirche schon nach wenigen Monaten radikal gewandelt. Die informelle Durchsetzung einer neuen Geschäftsordnungspraxis und die Etablierung interfraktioneller Vorberatungen bewirkten eine

104 Theodor Paur an Unbekannt, Brief vom 22./23.2.1849, zit. nach: Paur, Briefe aus der Paulskirche, S. 87. Ähnlich auch Friedrich von Raumer, Brief vom 1.8.1848, zit. nach: Raumer, Briefe aus Frankfurt und Paris 1848–1849, Bd. 1, S. 256; Haym, Die deutsche Nationalversammlung von den Septemberereignissen bis zur Kaiserwahl, S. 229, sowie die Karikatur *Alfons von Boddien*, Fortlaufender Beifall, Federlithografie, 48 x 31 cm, Frankfurt am Main [1848], Stadtarchiv Mainz, ZGS/D 10, 64. Für den Hinweis auf diese Karikatur sowie für weitere Anregungen danke ich Laura Nippel (HU Berlin).

105 Vgl. zu diesem Begriff grundlegend Walther Dieckmann, Probleme der linguistischen Analyse institutioneller Kommunikation, in: ders., Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge – Aufsätze – Entwürfe, Heidelberg 1981, S. 208–245, hier: S. 218.

106 Steinmetz, »Sprechen ist eine Tat bei euch«, S. 1131. Vgl. dazu auch ebd., S. 1095–1115, sowie zum appellativen Aspekt parlamentarischer Rhetorik allgemein Thomas Mergel, Funktionen und Modi des Sprechens in modernen Parlamenten. Historische und systematische Überlegungen, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012, S. 229–246, hier: S. 233–235.

107 SB, Bd. 8, S. 5843 (20.3.1849, Gottfried Eisenmann).

108 Ebd., Bd. 8, S. 5686 (14.3.1849, Gottfried Eisenmann).

109 Julius Ambrosch, Brief vom 13.1.1849, zit. nach: Bergsträsser, Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern, S. 76.

wesentliche Beschleunigung, brachten die Debatte aber nicht zum Stillstand. Vielmehr verschob sich hinterrücks die Funktion der gehaltenen Reden. Im Gegenzug änderte sich damit auch der Charakter des parlamentarischen Schweigens. Während die schweigende Mehrheit anfangs eher durch Faktoren der persönlichen Neigung, Erfahrung und Sozialisation bedingt gewesen war, spiegelte sich darin ab Herbst 1848 zunehmend eine auf der Ebene der Fraktionen koordinierte Arbeitsteilung zwischen redenden und nicht redenden Abgeordneten wider.

Während sich die praktischen Verhältnisse im Inneren der Versammlung also grundsätzlich wandelten, war dies für Außenseiter nur bedingt sichtbar. Wie etwa im Falle Droysens deutlich wurde, versuchten schweigende Abgeordnete ihre Zurückhaltung gelegentlich durch Verweis auf den institutionellen Zeitdruck zu legitimieren. In der Korrespondenz mit seinen Wählern betonte auch Friedrich von Raumer die Differenz zwischen der Außen- und der Innenperspektive:

»Ihr habt gefürchtet ich würde hier zu viel reden, und findet nun ich sei allzu schweigsam und setze mein Licht zu sehr unter den Scheffel. Ich antworte: in diesen Tagen redete ein Redner darüber, daß das viele Reden, Deklamiren, Phrasen dreheln u. s. w. nichts nütze, vielmehr Zeit verderbe, und das Arbeiten in den Ausschüssen viel verdienstlicher sei. [...] Ihr glaubt nicht wie abgeneigt die Meisten den Lang- und Oftrednern werden [sic]«. ¹¹⁰

Doch zeigte sich schon in ihrer fast gebetsmühlenartigen Wiederholung, dass die Apologien für die Nützlichkeit des parlamentarischen Schweigens bei den Wählern auf wenig Resonanz stießen. Wie den Abgeordneten selbst nur allzu bewusst war, blieb außerhalb des Hauses die Ansicht vorherrschend, dass rhetorische Aktivität zu den unabdingbaren Pflichten des parlamentarischen Mandats gehörte. Das Ergebnis war eine paradoxe Konstellation, in der die Versammlung als Kollektiv dafür angegriffen wurde, dass sie durch ihre Geschwätzigkeit politische Fortschritte hindere, während aber jeder einzelne Abgeordnete unter Druck gesetzt wurde, möglichst oft von sich hören zu lassen. Dieser Widerspruch wurde noch verstärkt durch einen zweiten Erfahrungsbruch, der sich im Winter 1848 abzuzeichnen begann.

V. DIE MACHT DES WORTES UND IHRE GRENZEN: EINE KOMMUNIKATIONSREVOLUTION ZWISCHEN ERWARTUNG UND ERFAHRUNG

In der Frühphase der Revolution hatten die hohen Erwartungen an die befreite Stimme des Volkes ihre eigenen Realitäten geschaffen. Das galt nicht nur für das Handeln der Revolutionäre selbst, das maßgeblich darauf ausgerichtet war, das politische Wort von seinen Fesseln zu befreien. Es galt auch für ihre Gegner, die sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen der französischen Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 – anfangs in durchaus überraschendem Maße auf die durch die kommunikativen Akte der Revolution geschaffene, veränderte Situationsdefinition einließen. Im Nachhinein erschienen solche Reaktionen oft als überstürzt, zumal die militärische, bürokratische und monarchische Basis des traditionellen Machtgefüges in den Einzelstaaten de facto nirgendwo beseitigt worden war. Indem die Vertreter der bestehenden Ordnung jedoch auf eine Konstellation reagierten, in der sich die Grenzen des politisch Möglichen verschoben zu haben schienen, trugen sie selbst wesentlich dazu bei, die deklarierte Revolution zu einer faktischen zu machen.

Die revolutionäre Ausnahmesituation, in der geltende Regeln, Hierarchien und Routinen aufgehoben erschienen und eine neue Offenheit für verschiedene mögliche Zukünfte

¹¹⁰ Friedrich Raumer an seine Wähler, Brief vom 20.7.1848, zit. nach: *Raumer, Briefe aus Frankfurt und Paris 1848–1849*, Bd. 1, S. 224–225.

aufblitzte, wurde somit nicht zuletzt auch »herbeigeredet«. Durch kommunikative Akte wurde ein neuer Möglichkeitsraum geöffnet, der sich dadurch, dass sich Akteure in ihrem Handeln an ihm orientierten, nach und nach mit praktischer Wirklichkeit füllte. Das zeugte von der Macht des revolutionären Wortes, machte dieses mittelfristig aber auch angreifbar, als sich herausstellte, dass man mit Worten zwar eigene Realitäten schaffen kann, dass es aber auch Realitäten gibt, die sich ihrer Gestaltungsmacht entziehen.

Schon ab Ende August 1848 gab es immer wieder Momente, in denen die Revolutionäre und ihre Gegner gleichermaßen die Erfahrung machten, dass die Revolution in gewissem Sinne auch »bloß« eine Kommunikationsrevolution war. Im Schleswig-Holsteinischen Krieg und beim Malmöer Frieden wurde schmerzhaft deutlich, dass die Proklamation nationalstaatlicher Souveränität allein einen militärischen Alleingang eines Einzelstaats nicht verhinderte. Als am 27. Dezember der Grundrechtskatalog verabschiedet wurde, war damit eine Wasserscheide in der deutschen Rechtsgeschichte überschritten. Doch obwohl das Gesetz von vielen kleineren Staaten anerkannt wurde, lehnten es größere wie Bayern, Hannover, Preußen und Österreich ab. Gegen den Willen der Einzelstaaten ließen sich die Grundrechte zwar feierlich verkünden, aber nicht durchsetzen. Dasselbe galt für die Ende März verabschiedete Verfassung. Im April musste die parlamentarische Deputation in Berlin erkennen, dass ein Angebot abgelehnt werden kann, selbst wenn es eine Kaiserkrone betrifft.

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen wurde die Klage über die sterile Geschwätzigkeit der Nationalversammlung noch einmal lauter. Das Parlament, erinnerte sich Heinrich Laube, »schien unterzugehen in Redensarten, in Schulweisheit, in Zeitverschwendung ohne Ende. Eine Bürgerkrone für den, welcher schweigen kann in dieser krankhaften unpraktischen Redewuth!«¹¹¹ Immer wieder erklang die Mahnung, der »Zeit der Phrasen« nun endlich eine »des Handelns« folgen zu lassen.¹¹² Langfristig berühmt wurde die Formel Georg Herweghs vom »Parla – Parla – Parlament«, in dem das Reden »kein End« nehme.¹¹³

Die Rede von der »Schwatzbude in Sankt Paul«¹¹⁴ würde die Erinnerung an die Revolution und die Sicht auf die parlamentarische Politik im deutschen Raum langfristig prägen. Im linken Lager herrschte die Überzeugung vor, dass das Momentum der Revolution in der Phrasendrescherei des »bloßen Debattierklub[s]«¹¹⁵ in Frankfurt erstickt worden sei. Das Resultat war eine ambivalente Haltung, in der der Glaube an die Gestaltungsmacht des Wortes einerseits weiterhin die politische Kultur bestimmte, andererseits aber eine tiefe Skepsis gegen die parlamentarische Institution vorherrschte, in der die revolutionäre Tatkraft in uferlosen Scheindebatten zu verpuffen drohe.¹¹⁶ Auf konservativer Seite

111 Laube, *Das erste deutsche Parlament*, Bd. 2, S. 65.

112 Hildebrandt, *Opposition in der Paulskirche*, S. 357. Vgl. auch ebd., S. 313f. und 358f.

113 Georg Herwegh, *Das Reden nimmt kein End*, in: *Deutsche Londoner Zeitung*, 7.7.1848, Beilage, S. 680. Vgl. dazu detailliert *ders.*, *Gedichte 1835–1848*, Bielefeld 2006, S. 260f. und 826–830.

114 Johannes Scherr, *Von Achtundvierzig bis Einundfünfzig. Eine Komödie der Weltgeschichte*, Bd. 2, Leipzig 1868, S. 217. Vgl. auch *ders.*, 1848. *Ein weltgeschichtliches Drama*, Bd. 2, Leipzig 1875, S. 190, 205, 270, 415 und 447.

115 Friedrich Engels, *Die preußische konstituierende Versammlung – Die Frankfurter Nationalversammlung*, in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), *Marx-Engels-Werke*, Bd. 8, Berlin (Ost) 1960, S. 75–79, hier: S. 79.

116 Vgl. Wolfgang Durner, *Antiparlamentarismus in Deutschland*, Würzburg 1997, S. 47–55 und 71–91; Elfi Pracht, *Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867–1914*, Pfaffenweiler 1990, insb. S. 35–98 und 279–345; Thomas Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000, S. 384–418 und 584–592; Theo Jung, *Der Feind im eigenen Hause. Antiparlamentarismus im Reichstag 1867–1918*, in: Marie-Luise Recker/Andreas Schulz (Hrsg.), *Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa*, Düsseldorf 2017, S. 129–149.

galt die Paulskirche als endgültiger Beweis, dass eine Politik des »bloßen« Wortes in ohnmächtige Geschwätzigkeit münden müsse, da, wie es Otto von Bismarck ausdrückte, die großen Fragen der Zeit nun mal »nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse«, sondern durch »Eisen und Blut«¹¹⁷ entschieden würden.

Auch in der Historiografie zur Revolution von 1848/49 hat die Gegenüberstellung von Wort und Tat bis heute Spuren hinterlassen. Im Bild der Nationalversammlung als idealtypisches Redeparlament schwingt bei aller Hochachtung für das intellektuelle Niveau der Debatten immer auch der Vorwurf mit, dass dieses Parlament schließlich nie zu einer »zupackenden, praktisch-handelnden Körperschaft«¹¹⁸ herangewachsen sei. Und auch die Sicht auf die Revolution im Ganzen bleibt von der Vorstellung geprägt, dass es sich letztlich eben doch nur um eine »bloße« Kommunikationsrevolution (und keine »echte«) gehandelt habe. Manfred Hettling hat in diesem Sinne sogar von der »Illusion einer Revolution«¹¹⁹ gesprochen, die ihre Verwirklichung geradezu verhindert habe. Die Vorstellung, dass mit den Reformen in den konstitutionellen Staaten, den Zugeständnissen der alten Mächte in den beiden deutschen Großmächten und der Gründung eines gesamtdeutschen Parlaments eine Revolution bereits stattgefunden hatte, habe darüber hinweggetäuscht, dass der konservative Machtapparat de facto vollständig intakt geblieben war und dass dem Frankfurter Parlament, der von ihm eingesetzten Reichsregierung und ihren Ministerien die Mittel fehlten, ihre Beschlüsse auch gegen den Willen der Einzelregierungen durchzusetzen.

Das bringt uns zurück zur Frage nach der Kommunikationsrevolution. Das ältere Verständnis dieses Begriffs, das vor allem die Bedeutung infrastruktureller Momente hervorhob, bleibt gültig, insofern die Presse, Eisenbahn- und Telegrafverbindungen in der Tat eine dynamisierende Wirkung auf den Verlauf der Revolution ausübten. Genauso treffend bleibt der im Zuge des *linguistic turn* geradezu unvermeidlich gewordene Hinweis, dass in analytischem Sinne *jede* Revolution als Kommunikationsrevolution zu betrachten ist, insofern sie erst durch das kommunikative Handeln verschiedener Akteure zur sozialen Realität wird. Und doch bleiben beide Begriffsverwendungen in Bezug auf unser Thema insofern unscharf, als sie das vorliegende Phänomen zwar in weitreichende analytische Zusammenhänge einordnen, dadurch aber sein spezifisches Profil einzuebnen drohen. So richtig es ist, dass jede Revolution sich im Rahmen der gegebenen Infrastrukturen und durch kommunikative Akte vollzieht, ist damit über den besonderen Charakter der deutschen Revolution von 1848/49 noch wenig ausgesagt. Auf der Basis einer Bestimmung des sich wandelnden Verhältnisses zwischen Reden und Schweigen – auf der metadiskursiven *und* der sprachpraktischen Ebene – plädiert dieser Beitrag deshalb dafür, diese Revolution in einem spezifischen, emphatischen Sinne als Kommunikationsrevolution zu begreifen und durch diese Bestimmung von anderen Revolutionen zu unterscheiden.

Die deutsche Revolution von 1848/49 war eine Kommunikationsrevolution, da sie von Anfang an maßgeblich auf die Umgestaltung politischer Kommunikationsprozesse ausgerichtet war. Vor dem Hintergrund der Rezeption der französischen Umbrüche und dem damit verknüpften Gefühl einer relativen Rückständigkeit der politischen Entwicklung in den deutschen Ländern erschien die Befreiung der *vox populi* als das vorrangige Ziel politischer Bestrebungen. Orientiert an einer Leitsemantik der Stimme richtete sich die Aufmerksamkeit der Revolutionäre auf die Neugestaltung kommunikativer Prozesse. Da

117 Otto von Bismarck, Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 30.9.1862, zit. nach: Horst Kohl (Hrsg.), Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 2, Stuttgart 1893, S. 29. Vgl. Durner, Antiparlamentarismus in Deutschland, S. 36–38 und 58–71.

118 Müller, Die Revolution von 1848/49, S. 91.

119 Manfred Hettling, 1848. Illusion einer Revolution, in: ders., Revolution in Deutschland? 1789–1989, Göttingen 1991, S. 27–45, hier: S. 40f.

ungehinderte Mitsprache und offene Aussprache als Grundvoraussetzungen für jede weitere Umgestaltung des Gesellschaftsgefüges erschienen, lag hier die oberste Priorität. Vor allem aber fanden die unterschiedlichen Trägergruppen der Revolution hier etwas, auf das sie sich einigen konnten, bevor sich die Positionen in der Verhandlung inhaltlicher Interessen und Gestaltungsvorstellungen bald auseinanderbewegten.

Folglich handelte es sich bei den Ereignissen von 1848 und 1849 dann auch keineswegs um eine »bloße« Kommunikationsrevolution. Die Ausrichtung auf eine neue Form der Politik im Modus der Rede blieb nicht nur ein abstraktes Leitbild, sondern wurde handlungsleitend für die revolutionäre Praxis. Zur Selbstverpflichtung auf ein Ideal der Artikulation und Persuasion gesellte sich die Dynamik gegenseitiger Erwartungen, denn die Etablierung neuer Foren und Modi der politischen Artikulation öffnete nicht nur neue Chancen, sich zu Wort zu melden, sondern implizierte immer gleichzeitig auch die mehr oder weniger starke Aufforderung, dies zu tun. Insofern gehörte zur Erfahrung, dass das Wort zur politischen Tat geworden war, umgekehrt auch die Erkenntnis, dass dasselbe auch für das Schweigen galt, sofern es vom Gegenüber jederzeit als mutwillige Unterlassung oder unstatthafte Pflichtversäumnis aufgefasst werden konnte. Schließlich wurde die angenommene Gestaltungsmacht der Rede in vielen Fällen vor allem auch dadurch zur Realität, dass sich Gegner und Unbeteiligte auf die von den revolutionären Sprechakten geschaffenen, neuen Situationsdefinitionen einließen.

VI. FAZIT

Mit Blick auf die Frankfurter Nationalversammlung ließ sich zeigen, wie sich das neu konturierte Spannungsverhältnis zwischen politischem Reden und Schweigen auf der Ebene der kommunikativen Praxis auswirkte. Zunächst galt es dabei hervorzuheben, dass in diesem paradigmatischen Redeparlament in der Praxis eine überaus große schweigende Mehrheit vorhanden war. Aus der statistischen Auswertung der Protokolle ergibt sich das Bild einer kommunikativen Arbeitsteilung zwischen einer kleinen Gruppe von sehr aktiven Abgeordneten und einer großen Masse eher passiver *backbenchers*. Von wenigen Ausnahmen abgesehen korrelierte die Redeaktivität im Plenum auch mit den Aktivitäten hinter den Kulissen, in den Ausschüssen und den Fraktionsversammlungen. Allerdings drückte sich in der Verteilung der Redebeteiligungen die prägende Bedeutung der Fraktionen aus, zeichneten sich zugleich aber auch deutliche Unterschiede zwischen den Handlungsprofilen des linken und rechten Flügels des Hauses ab. Ihnen lag ein unterschiedliches Verständnis der Rolle des Abgeordneten sowie der parlamentarischen Debatte zugrunde. Während die Linke die unmittelbare und mittelbare Kommunikation mit dem ›Volk‹ zur Grundlage ihres parlamentarischen Auftretens machte, war die Rechte stärker darum bemüht, den kommunikativen Binnenraum des Parlaments von seiner Außenwelt abzuschirmen.

In diesen unterschiedlichen Kommunikationsstilen sowie überhaupt in der zentralen Bedeutung der Fraktionen im Gefüge der Nationalversammlung spiegelten sich Erfahrungen wider, die schon kurz nach der Gründung dieser Institution einsetzten. In der Praxis der Debatten sahen sich die Abgeordneten mit dem Paradox konfrontiert, dass eine prinzipielle Entgrenzung der politischen Artikulation angesichts des beschränkten Zeitfensters politischer Prozesse zu Funktionsproblemen führen muss. Das befreite Wort drohte an seiner eigenen Entfesselung zu ersticken. Ein im internationalen Vergleich überraschend schneller und tief greifender institutioneller Lernprozess setzte ein, infolge dessen auf der Ebene der Geschäftsordnungspraxis sowie der interfraktionellen Zusammenarbeit Lösungen gesucht und gefunden wurden, die praktischen Redezeiten zu begrenzen, ohne die prinzipielle Redefreiheit zu beschneiden. Durch die informelle Kollektivierung der

Sprecherinstanzen und die funktionale Entkopplung von Binnen- und Außenkommunikation wurde die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sichergestellt. Aus einem Redeparlament war innerhalb kürzester Zeit ein diszipliniertes Arbeitsparlament geworden. In der Folge war die kommunikative Spezialisierung zwischen schweigenden und redenden Abgeordneten nicht länger nur Ausdruck unterschiedlicher individueller Erfahrungen, Neigungen und Fähigkeiten, sondern zu einem wesentlichen Teil das Resultat einer koordinierten Arbeitsteilung innerhalb der Fraktionen.

Doch reichte die funktionale Bewältigung der Zeitdruckproblematik nicht aus, um die Kluft zwischen dem Artikulations- und dem Funktionsaspekt der parlamentarischen Kommunikation auch symbolisch zu schließen. Aus der Außenbeobachtung war der Charakterwandel der parlamentarischen Debatte nicht ersichtlich. Hier blieb der Vorwurf, dass die Revolution in leerem Geschwätz versande, ungebrochen. Ja, sie spitzte sich in dem Maße weiter zu, wie sie sich im Verlauf der Zeit zunehmend mit der Erfahrung verband, dass eine Debatte zwar durchaus eigene Realitäten schaffen, aber keinesfalls *alle* Realitäten beherrschen kann. Gerade die hochgesteckten, zum Teil sicherlich überspannten Erwartungen an die Gestaltungsmacht des politischen Wortes etablierten eine Fallhöhe, aus der Momente der Ernüchterung fast zwingend hervorgingen. Das Scheitern der Revolution mündete mittelfristig in einer generellen Enttäuschung hinsichtlich der Macht des politischen Wortes. Auf linker wie auf rechter Seite des politischen Spektrums geriet die Politik im Modus der Rede als uferloses und ohnmächtiges Geschwätz in Verruf. So wurde nicht nur die Revolution zum Schweigen gebracht, sondern wurden langfristig neue Hoffnungen auf eine Politik der schweigenden Tatkraft geschürt, die das Erbe von 1848 in der deutschen Geschichte langfristig prägen sollten.